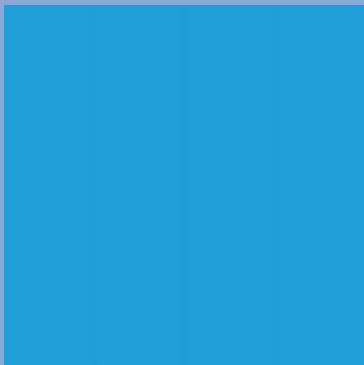


Lokale Zukunftspolitik – den demografischen Wandel im Bürgerdialog gestalten



Mit den **Texten der KommunalAkademie** erhalten kommunalpolitisch Aktive und bürgerschaftlich Engagierte Handlungshilfen von Praktikern für die lokale Arbeit. In jedem Band werden Grundlageninformationen, fachliche Texte und praktische Anleitungen zu einem hilfreichen Arbeitsbuch vereint. Einen Überblick über sämtliche Titel der Reihe finden Sie unter www.fes-kommunalakademie.de.

Lokale Zukunftspolitik – den demografischen Wandel im Bürgerdialog gestalten

Kerstin Ott



© 2008 Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN: 978-3-89892-822-9

Erstdruck: September 2008

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
KommunalAkademie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Telefon: 0228 - 883 71 28

Telefax: 0228 - 883 92 10

Text: Kerstin Ott

Mitwirkung: Wolfgang Gisevius, Arno Klare

Redaktion: René Martin, Dr. Markus Trömmner

Lektorat: Dr. Andrea Görldt, klare-woorte.com

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Eric A. Lichtenscheidt,
stock.xchng, Photocase, flickr, privat

Gestaltung: René Martin, klarsyn communications, klarsyn.de

Druck: braunschweig.druck GmbH, Braunschweig

Schutzgebühr 5 Euro

Inhalt

Zukunft gewinnen – die Bürgerinnen und Bürger beteiligen	7
1. Problemskizze: Kommunen im demografischen Wandel	9
2. Handlungsansätze: Kommunalpolitik zukunftsfest machen	15
2.1 Herausforderung I: Jede Kommune muss eigene Antworten finden	17
2.2 Herausforderung II: Alle Politikfelder sind betroffen	17
2.2.a Infrastrukturanpassung: Daseinsvorsorge durch intelligente Lösungen sichern	18
2.2.b Kommunale Finanzen: Effizienter und nachhaltiger Mitteleinsatz	18
2.2.c Stadtentwicklung und Raumplanung: Umbau statt Neubau	19
2.2.d Zukunftsfaktor Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit	19
2.2.e Seniorenpolitik: Neue Bedürfnislagen und neue Potenziale	20
2.2.f Bildung: Klein, aber fein und flexibel	20
2.2.g Integration statt Abschottung: Es geht um jede und jeden!	21
2.2.h Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Alle Kräfte sind gefragt	22
2.3 Herausforderung III: Nur gemeinsam sind die Aufgaben zu meistern	24
2.3.a Die Denkrichtung ändern: Abschied vom Wachstumsdenken und dafür mehr interkommunale Zusammenarbeit	24
2.3.b Erfolgsfaktor Bürgerdialog: Problembewusstsein schaffen und gemeinsam Lösungen entwickeln	25
2.4 Ein gelungenes Beispiel: Zukunftsdialog in Odenthal	28
2.5 Zehn Schritte für den Bürgerdialog	31
<i>Planungshilfen:</i>	
<i>Der Zielfokus</i>	35
<i>Zahlen und Daten erfassen</i>	36
<i>Dialoggruppen</i>	37
<i>Verbündete gewinnen</i>	38
3. Zukunftspolitik im Bürgerdialog: Methoden und Aktionsformen	39
3.1 Startaktionen für den öffentlichen Dialog: Impulse setzen und zum Nachdenken anregen – Bodenzeitung, Demografiequiz, Umfragen, Fish Bowl	42
3.2 Betroffene und Akteure ins Gespräch bringen: Café Communale (World Café)	46
3.3 Gemeinsam Lösungen entwickeln:	
3.3.a Zukunftswerkstatt	48
3.3.b Bürgergutachten / Bürgerkonferenz	50
<i>Planungshilfen:</i>	
<i>Checkliste für Veranstaltungen</i>	52
<i>Demografie-Quiz: Zahlen, die sprechen</i>	54
<i>Bodenzeitung als Stimmungsbild</i>	55
<i>Demografie-Memory: Eine Bodenzeitung als Spielbrett</i>	56
4. Weitere Informationsquellen	59

Zukunft gewinnen – die Bürgerinnen und Bürger beteiligen

»Sag es mir – und ich werde es wahrscheinlich vergessen.
Zeig es mir – und ich werde mich vielleicht erinnern.
Beziehe mich ein – und ich werde Dich verstehen.«

Alte chinesische Weisheit

Nur der gewinnt in der Politik, der neben der Bearbeitung der richtigen und wichtigen Themen auch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger erhält. Natürlich soll die Letztentscheidung beim Rat verbleiben, doch viel zu selten werden Bürger in den Dialog über das zukünftige Zusammenleben in der Kommune einbezogen und zur Mitgestaltung aufgerufen.

Die demografischen Veränderungen aller Kommunen in Richtung »weniger, bunter, älter« werden nur dann nicht als Synonym für Bedrohung gewertet, wenn in einem breit angelegten Bürgerdialog Gestaltungschancen entstehen, die einen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Diejenige Fraktion, welche die Zukunftschancen der Bürger und der Kommune in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, kann neben dem wenig beachteten kommunalpolitischen Tagesgeschäft auf eine demokratische Zukunfts-Dividende für sich selbst hoffen.

Eine Fraktion in der Minderheit, die sich nicht allein am Abarbeiten von Verwaltungsvorlagen orientiert, kann so Zukunft gewinnen.

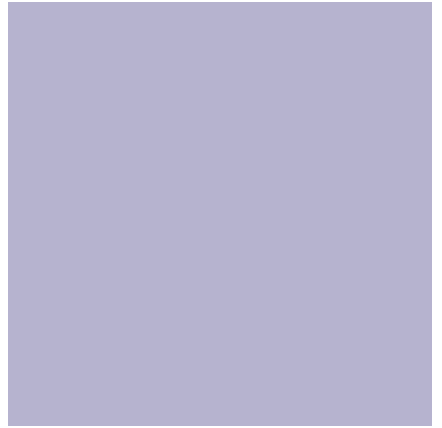
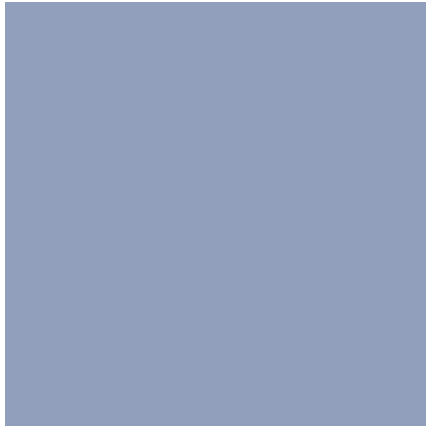
Die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert insbesondere das kommunalpolitische Ehrenamt und die politische Beteiligung auf kommunaler Ebene. Sie betreibt dies mit Seminarangeboten, Workshops und Fachtagungen. Außerdem stehen Publikationen wie diese und das kommunalpolitische Internetportal www.fes-kommunalakademie.de für die eigene Arbeit vor Ort zur Verfügung.

In dieser Arbeitshilfe, die unter der Projektleitung von Kerstin Ott entwickelt wurde, geben wir Anregungen für einen konsequenten Bürgerdialog zur Gestaltung des demografischen Wandels. Damit wollen wir zum aktiven Zusammenleben in der Kommune beitragen, aber auch einer Politikverdrossenheit entgegenwirken. Denn wer viele Bürger einbezieht, der fördert nicht allein das Verständnis von kommunalen Zusammenhängen, sondern belebt praktisches Engagement vor Ort. Damit kommt zusammen, was für lokale Zukunftspolitik mehr denn je gefragt ist.

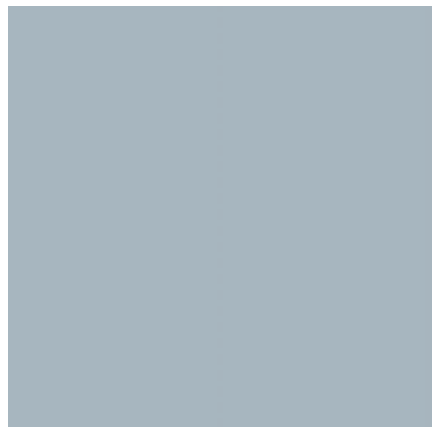
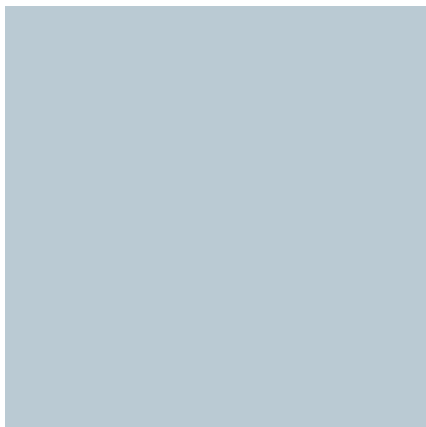
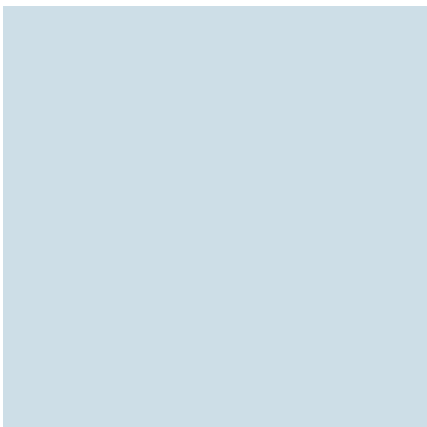
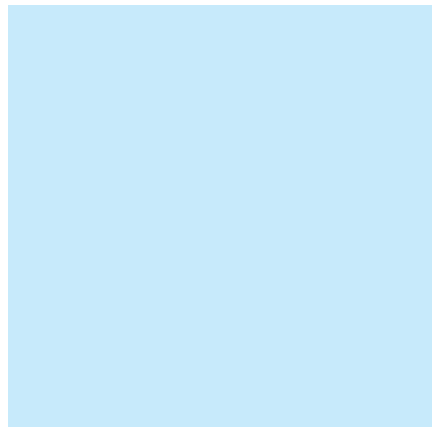
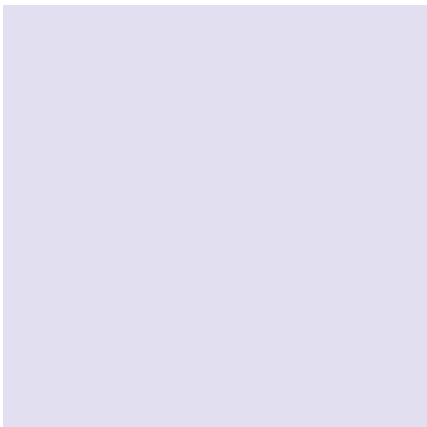


Dr. Markus Trömmer

Leiter der KommunalAkademie
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

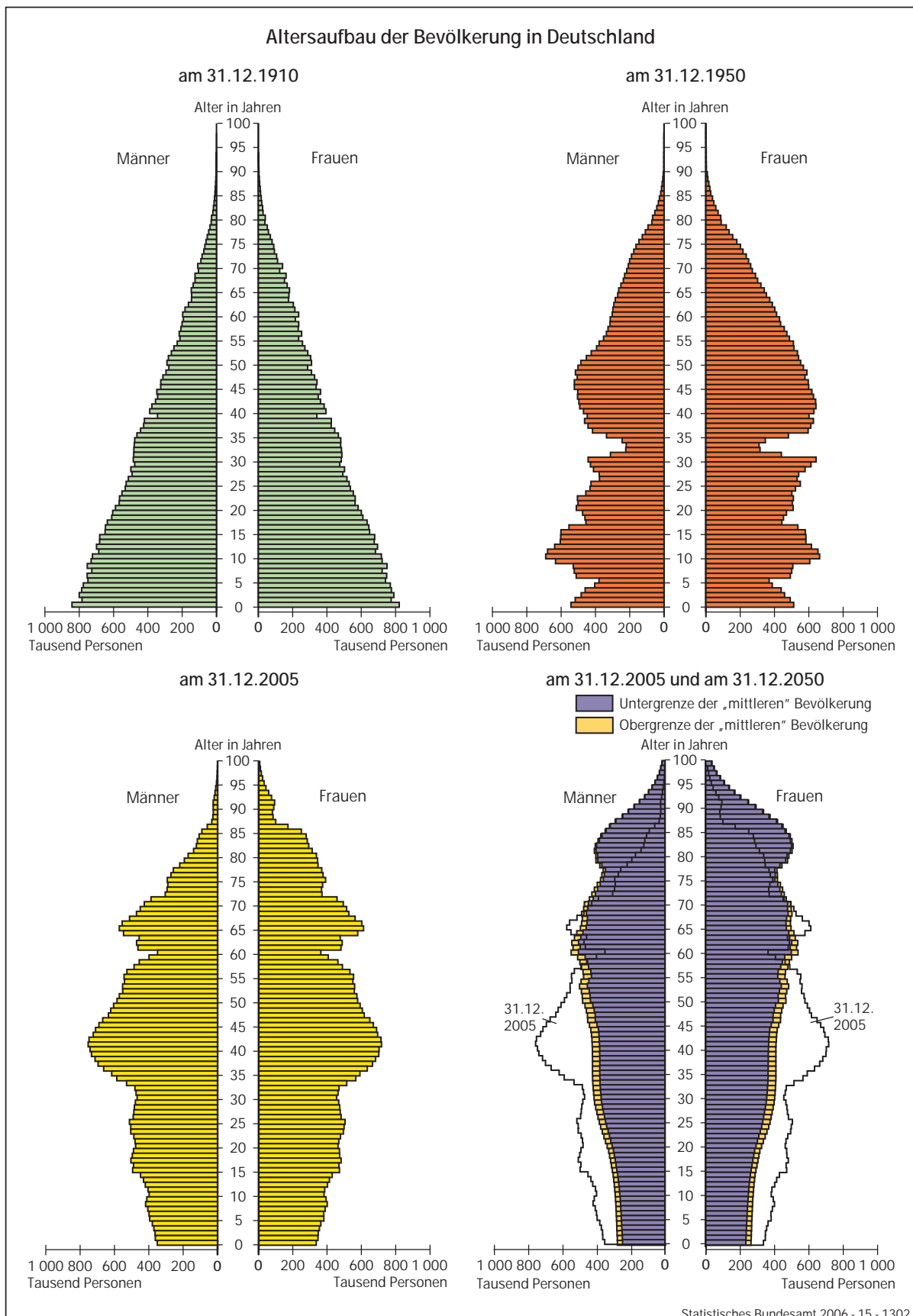


Problemskizze:
Kommunen im demografischen
Wandel



Veränderung der Altersstruktur

der Bevölkerung in Deutschland



1. Problemskizze: Kommunen im demografischen Wandel

Die Zukunft war schon immer neu – und dennoch stellt der demografische Wandel Städte und Gemeinden vor ganz neuartige Herausforderungen und fordert vielerorts auch eine andere Kommunalpolitik als bisher.

Was bedeutet der demografische Wandel?

Der demografische Wandel beschreibt folgenreiche Veränderungen in Deutschlands Bevölkerungsstruktur. Die Lebenserwartung ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen, so dass wir und kommende Generationen im Durchschnitt zunehmend länger leben und damit älter werden als die Vorangehenden.

Zugleich gehen die Geburtenzahlen in Deutschland stetig zurück: Immer weniger Kinder werden geboren, so dass auf lange Sicht auch weniger Menschen in Deutschland leben. Deutschlandweit reicht schon seit Jahrzehnten die durchschnittliche Kinderzahl für eine zahlenmäßige Bestandserhaltung der Bevölkerung trotz gesteigerter Lebenserwartung nicht aus.

Auch Zu- und Abwanderung verändern zunehmend die Zusammensetzung der Bevölkerung in Städten und Gemeinden vor Ort: Schon jetzt wandern viele, vor allem junge und gut ausgebildete Menschen aus strukturschwachen Gebieten ab auf der Suche nach Arbeit und Zukunftsperspektiven in Städte und Ballungsräume. Dadurch sinkt die Bevölkerung zahlenmäßig in den betroffenen Regionen noch einmal und zurück bleibt oft der ältere Teil der Bevölkerung. Der andauernde wirtschaftliche Strukturwandel verstärkt damit die Entleerung vieler Landstriche in Deutschland. Wirtschaftlich prosperierende Städte und Ballungsräume vor allem im Westen und Süden Deutschlands verzeichnen dagegen noch in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren einen Bevölkerungszuwachs, zu dem neben dem Zuzug junger Familien und Wanderungsgewinnen innerhalb der Bundesrepublik auch die Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund beiträgt. Langfristig werden aber auch in den Gebieten, die derzeit noch ein Bevölkerungs-

wachstum verzeichnen, die Einwohnerzahlen sinken: Auch dort wird die Bevölkerung durch sinkende Geburtenzahlen weniger, so dass langfristig überall immer weniger Kindern und jungen Menschen eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber stehen.

Weniger, älter, bunter

Diese Veränderungen bedeuten: Wir werden vielerorts deutlich weniger und überall älter. Bei einer durchschnittlich noch leicht schrumpfenden Gesamtbevölkerung nimmt jetzt schon laut dem Statistischen Bundesamt die Zahl der über 65-Jährigen jährlich um rund 500 000 zu. Die Bevölkerung im Rentenalter wächst Jahr um Jahr um eine Großstadt von der Einwohnerzahl Dresdens oder Nürnbergs. Wir werden aber auch bunter, was Herkunft und Lebensentwürfe betrifft und darin liegen durchaus Zukunftschancen, die es zu nutzen gilt.

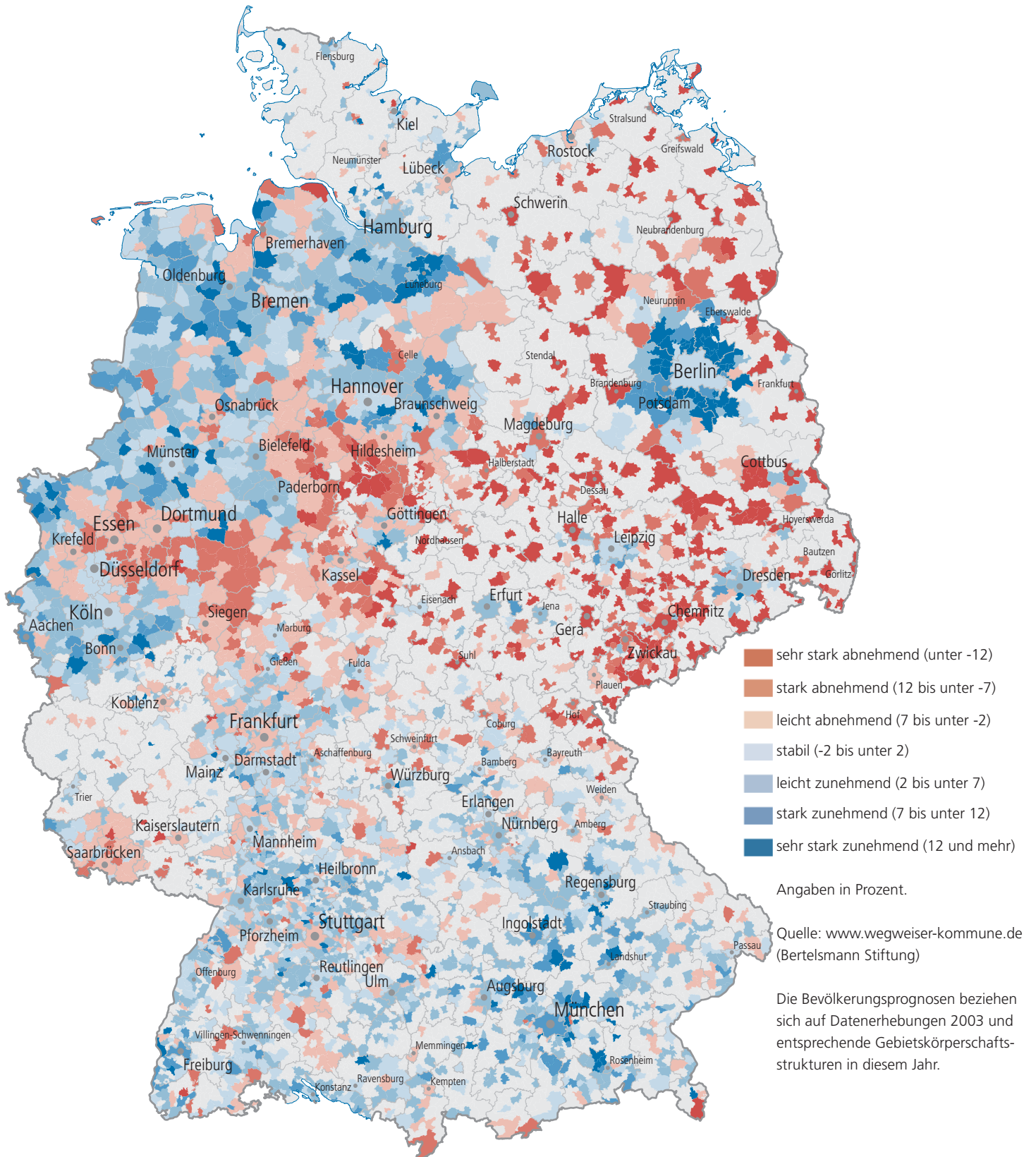


Bund, Länder und Kommunen müssen aktiv werden

Der demografische Wandel wird politisches Handeln auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich bestimmen. Auf Bundesebene müssen die sozialen Sicherungssysteme reformiert werden: Mit dem demografischen Wandel sinkt die Zahl derer, die aktiv erwerbstätig sind und Beiträge in die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung einzahlen. Zugleich steigt die Zahl derjenigen, die Leistungen der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung in Anspruch

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

2003 bis 2020 in Städten und Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern (in Prozent)



nehmen. Entweder werden die steigenden Ausgaben für Versorgungsleistungen einer größeren Zahl älterer Menschen auf die immer weniger werdenden sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen verteilt – die dann jeweils mehr Beiträge leisten müssen – oder es müssen andere Wege gefunden werden, die Versorgung im Krankheits- und Pflegefall sowie die Versorgung im Alter zu sichern. Die Diskussion über private Vorsorge, zusätzliche Steuerfinanzierung und andere Handlungsansätze wird bereits öffentlich geführt.

Worüber allerdings noch nicht im gleichen Ausmaß diskutiert wird, sind die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels für Städte und Gemeinden. Hier besteht Handlungsbedarf, über die Entwicklungen aufzuklären und Verständnis für nötige Veränderungen zu schaffen.



Wachstum und Bevölkerungsrückgang liegen nah beieinander

Beschäftigt man sich mit den jeweiligen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Städten und Gemeinden in Deutschland, wird schnell deutlich, dass die jeweiligen Perspektiven und Problemlagen unterschiedlicher nicht sein könnten.

Bevölkerungsvorausberechnungen der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) an der Universität Hannover (vgl. www.wegweiser-kommune.de)

für Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnern zeigen, dass rund ein Drittel der Gemeinden mit deutlichen Verlusten an Einwohnern rechnen muss, für ein weiteres Drittel noch klare Gewinne erwartet werden und das restliche Drittel stagniert.

Kommunen in den ostdeutschen Bundesländern sind bereits seit Jahren stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen, wenngleich es aber auch hier Gebiete mit zunehmenden Einwohnerzahlen gibt, vor allem im Umland größerer Städte, insbesondere von Berlin.

In den westdeutschen Bundesländern weisen einzelne Regionen ebenfalls stark sinkende Einwohnerzahlen auf, etwa das Ruhrgebiet, Süd-Niedersachsen und das Saarland. Unmittelbar angrenzend finden sich aber teilweise auch hier Wachstumsgebiete wie z. B. das Münsterland in direkter Nachbarschaft zum Ruhrgebiet.

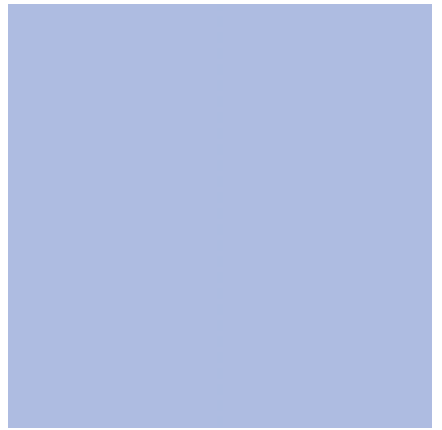
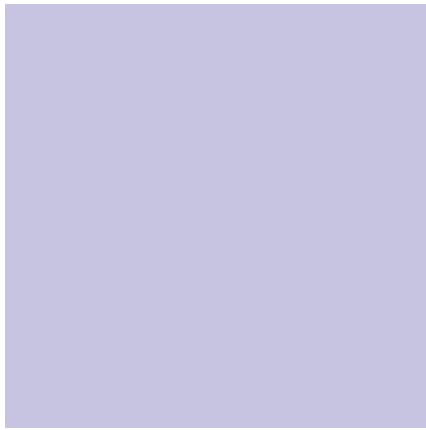
Aktuell bilden insbesondere die wirtschaftlich prosperierenden Regionen Baden-Württembergs und Bayerns die Wachstumsregionen aufgrund von Geburtenüberschüssen und Wanderungsgewinnen.

Auch viele ländliche Räume werden innerhalb der nächsten 30 Jahre stark vom demografischen Wandel betroffen sein: z. B. Nord-Hessen oder Nord-Thüringen.

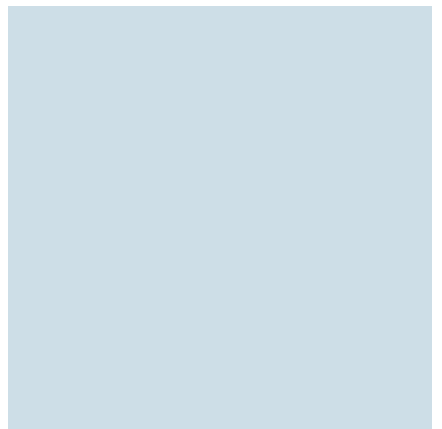
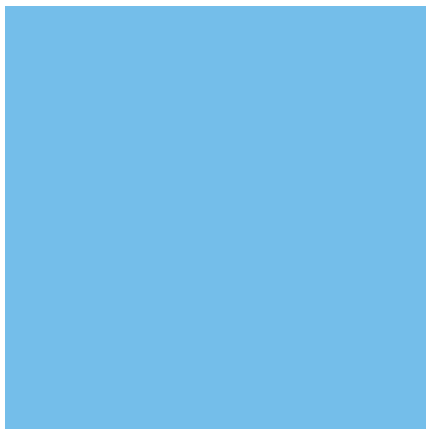
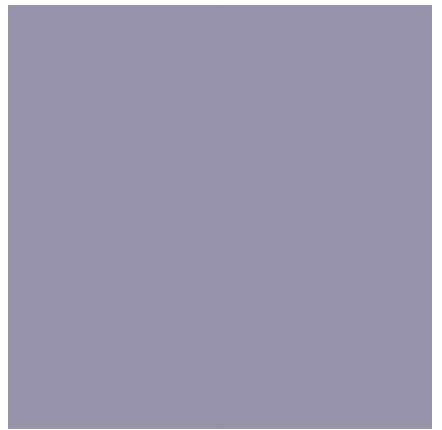
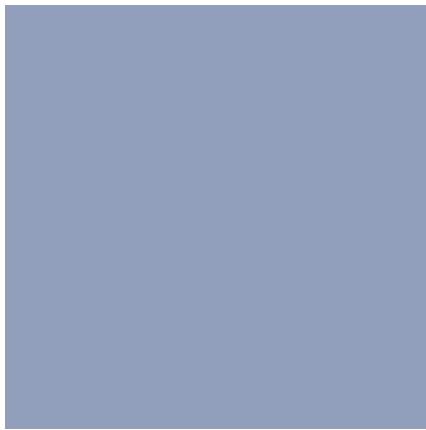
Zwei Entwicklungstrends werden deutlich:

Erstens: Bundesweit betrachtet zeichnet sich eine Entleerung vieler Landstriche in den ostdeutschen Bundesländern sowie den strukturschwachen ehemaligen Industrieregionen im Westen ab.

Zweitens: Es zeichnet sich eine Entleerung des ländlichen Raums gegenüber Städten und regionalen Zentren ab. Letztendlich entscheiden die Nähe zu den wirtschaftlich starken Zentren und die Standortqualitäten, zu denen auch ein gutes Bildungs- und Arbeitsplatzangebot zählen, über Wachstum oder Schrumpfen.



Handlungsansätze:
Kommunalpolitik
zukunftsfest machen



2. Handlungsansätze: Kommunalpolitik zukunftsfest machen

2.1 Herausforderung I: Jede Kommune muss eigene Antworten finden

Die Prognosen für Städte und Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern liegen im Zeitraum zwischen 2003 und 2020 in 90 Prozent der Fälle zwischen einer Zunahme der Bevölkerungszahl um 12 Prozent und einer Abnahme um 15 Prozent. Werden auch die Gemeinden mit extremen Entwicklungen einbezogen, erweitert sich die Spannweite von Zuwächsen und Verlusten auf bis zu 50 Prozent.

Die Unterschiede nehmen in den kommenden Jahren voraussichtlich noch zu, und das macht deutlich: Jede Kommune muss angesichts dieser enormen, oft regional eng nebeneinanderliegenden Unterschiede ihre eigenen Antworten finden. Angesichts dieser vielfältigen Entwicklungsverläufe gibt es keine kommunalpolitischen Patentrezepte. Die Politik steht vor der Herausforderung, jeweils vor Ort maßgeschneiderte und langfristig ausge-

richtete Konzepte im Umgang mit den demografischen Veränderungen zu finden.

Jede Kommune kann sich über ihre demografische Entwicklung informieren:

Über die frei zugängliche Internetplattform www.wegweiser-kommune.de sind demografische Prognosen und Handlungsempfehlungen für Städte und Gemeinden in Deutschland ab 5 000 Einwohnern abrufbar.

2.2 Herausforderung II: Alle Politikfelder sind betroffen

Die Aufgabe wird nicht leichter, nimmt man die kommunalen Politikfelder in den Blick, die von den Veränderungen betroffen sind. Fast überall besteht Handlungsbedarf:

Auch auf kommunaler Ebene stellt der demografische Wandel eine Querschnittsaufgabe dar:



2.2.a Infrastrukturanpassung: Daseinsvorsorge durch intelligente Lösungen sichern

Die technische und die soziale Infrastruktur müssen der Bevölkerungsentwicklung und gegebenenfalls einem Rückgang oder einer Verschiebung in der Nachfrage kommunaler Dienstleistungen angepasst werden. Intelligente Lösungen müssen gefunden werden, um eine gute Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, die finanzierbar bleibt.



Der öffentliche Nahverkehr, Ver- und Entsorgungssysteme aber auch die medizinische Versorgung, Bildungs- sowie Betreuungs- und Pflegeangebote werden zukünftig entsprechend den Bevölkerungsprognosen ausgerichtet. Dabei geht es nicht allein um Rückbau, Stilllegung oder Gebührenerhöhung für die Verbraucher; beispielsweise sind im öffentlichen Personennahverkehr Anrufbusse oder Sammeltaxis oftmals eine Alternative zur Reduzierung der Taktzeiten oder Linien im Netz als Reaktion auf ein zurückgehendes Fahrgastaufkommen.

Dezentrale Systeme zur Strom- und Wärmeversorgung (wie Blockkraftwerke) oder bei der Abwasser- und Abfallentsorgung können hohe Fixkosten und Folgekosten durch Unterauslastung überdimensionierter, zentralisierter Systeme in der Fläche vermeiden und sind flexiblere und oft auch ökologischere Lösungen bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen. Ein mobiles Bürgerbüro, mobile Ärztsprechstunden oder Nachbarschaftsläden können

trotz Nachfragerückgang wichtige Versorgungsangebote aufrechterhalten.

2.2.b Kommunale Finanzen: Effizienter und nachhaltiger Mitteleinsatz

Sinkende Einwohnerzahlen bedeuten für Kommunen ein sinkendes Einkommensteueraufkommen. Sinkende Kaufkraft und sinkendes Arbeitskräftepotenzial können mit einem Rückzug privater Unternehmen und Dienstleister neben einem sinkenden Umsatzsteueraufkommen auch sinkende kommunale Einnahmen über die Gewerbesteuer zur Folge haben. Sinkende Einwohnerzahlen treffen Kommunen aber auch über zurückgehende Zuweisungen aus dem einwohnerbezogenen kommunalen Finanzausgleich.



Für Kommunen gilt es zunächst, diese Veränderungen so gut wie möglich abzuschätzen, um zukunftsfeste Investitionsentscheidungen treffen zu können und auf langfristig effizienten Mitteleinsatz zu achten. Besteht beispielsweise Renovierungsbedarf der örtlichen Grundschule muss schon jetzt bei zurückgehenden Kinderzahlen daran gedacht werden, wie man das Gebäude oder Teile davon zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls umnutzen kann.

Ein weiterer Aspekt muss mit Blick auf kommunale Finanzen überdacht werden: Bleibt es dabei, dass Zuweisungen an Kommunen sich an der Einwohnerzahl orientieren besteht die Gefahr einer ruinösen Konkurrenz der

Kommunen um Einwohner. Städte und Gemeinden erhöhen ihre Ausgaben zur Minimierung von Abwanderung und Steigerung ihrer Attraktivität für potenzielle Zuwanderer durch überdurchschnittliche Infrastrukturleistungen, wobei bei einer gegebenen bzw. sinkenden Gesamtbevölkerung die Einwohnerzahl einer Kommune immer nur auf Kosten einer anderen steigen kann. Auch hier besteht Veränderungsbedarf, der nicht nur in den Verantwortungsbereich der Kommunalpolitik fällt.

2.2.c Stadtentwicklung und Raumplanung: Umbau statt Neubau

Um bleibend hohe Infrastrukturfixkosten durch Erschließung neuer Wohngebiete für Zuziehende zu vermeiden, wenn Wohnraum später nicht mehr in diesem Umfang gebraucht wird, ist es sinnvoll, schon jetzt den möglichen Bestand an Wohn- und Lebensraum attraktiv und zukunftsweisend zu gestalten. Vor allem die Ausgestaltung von Stadtzentren spielt dabei eine Rolle: für Familien wie Senioren können kurze Wege zwischen Wohnort, Arbeit, Kindergarten oder Einkaufszentrum entscheidend zur Lebensqualität im Alltag beitragen.



Kreativität von Gemeinden, die bereits jetzt von Gebäudeleerstand in den Zentren betroffen sind, kann zum Tragen kommen, um Treffpunkte für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Durchmischen sich Generationen in einem Stadtviertel, erhöhen sich auch Chancen der gegenseitigen, generationsübergreifenden Unterstützung im Alltag, die in vielen Mehrgenerationen-Wohnprojekten

schon zum Tragen kommt. Solche Treffpunkte spielen eine immer größere Rolle, je weniger innerfamiliäre Generationenbeziehungen Unterstützung bieten.

2.2.d Zukunftsfaktor Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit

Familien spielen stärker denn je eine Rolle als Zukunftsfaktor einer Kommune, sind aber auf ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot und nicht zuletzt auf ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen angewiesen, um dauerhaft am Ort zu bleiben.



Besonders beim Handlungsbedarf für mehr Familienfreundlichkeit wird deutlich, dass es viele Wechselwirkungen bei der Gestaltung des demografischen Wandels vor Ort gibt – nicht nur negative, sondern auch Wechselwirkungen, die gezielt als Chancen genutzt werden können: Viele Seniorinnen und Senioren sind bereit, sich ehrenamtlich für andere zu engagieren und das häufig gerade in Bereichen, die jungen Familien zugute kommen. Vielerorts hat man mit Leihgroßeltern, Lesepaten, aber auch mit generationsübergreifenden Freiwilligendiensten sehr gute Erfahrungen gemacht. Für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen für Berufstätige mit Kindern zunehmend auch attraktive Wohnangebote in der Nähe der Arbeit (d. h. in der Regel zentrumsnah) eine Rolle. Denn: kurze Wege zur Arbeit, zum Kindergarten oder zum Einkaufen sparen Zeit. Kommunalpolitik kann aber auch ortsansässige Unternehmen anregen, Beschäftigungsverhältnisse familienfreundlicher zu gestalten oder Beteiligungsmöglich-

keiten für Jugendliche schaffen, um Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit zu stärken.

2.2.e Seniorenpolitik: Neue Bedürfnislagen und neue Potenziale

Mit einer steigenden Zahl von älteren Bürgerinnen und Bürgern stellt sich nicht nur die Frage, ob bestehende Betreuungs- und Pflegeangebote ausreichen, sondern es werden auch neue Potenziale sichtbar, die gerade die jüngeren, oftmals noch sehr aktiven Senioren bereit sind einzubringen. Nicht nur als Lesepatent oder in der Hausaufgabenhilfe bringen sie ihre Kompetenzen und ihre Zeit für andere ein, sondern sind oftmals auch bereit, ihre berufliche Erfahrung weiterzugeben, z. B. ehrenamtlich als Ausbildungspaten. Die Erfahrung zeigt aber auch: Angebot und Nachfrage finden selten von selbst zueinander, sondern bedürfen oftmals der Koordination z. B. über ein von der Gemeinde eingerichtetes Ehrenamtsbüro.



Aufgabe der Kommunalpolitik ist es aber auch, darüber nachzudenken, wie der steigende Bedarf an Pflege und Unterstützung im Alltag konkret organisiert werden kann. Weil innerfamiliäre Unterstützung bei zunehmender Kinderlosigkeit abnimmt, entwickeln bereits heute viele Städte und Gemeinden Wohnformen, die auf eine stärkere generationsübergreifende Durchmischung in der Nachbarschaft setzen. Innenstädte werden, wie oben beschrieben, nicht nur für Familien, sondern wegen der kurzen Wege bei sinkender Mobilität auch für Seniorinnen und Senioren attraktiv, wenn sie entsprechend als Lebens- und Wohnorte gestaltet sind. Räumlich getrennte Neubaugebiete für

junge Familien und Altenheime für Senioren lassen diese Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag gar nicht erst entstehen. Im Pflegefall reicht nachbarschaftliche Hilfe allerdings selten aus, so dass professionelle Unterstützung im Heim oder in den eigenen vier Wänden nötig wird, was häufig nicht nur den Betreuten selbst zugute kommt, sondern sich bei gleicher Qualität kostengünstiger realisieren lässt. In jedem Fall können hier für entsprechend Qualifizierte auch neue Arbeitsplätze entstehen.

2.2.f Bildung: Klein, aber fein und flexibel

Bei rückläufigen Geburtenzahlen gehen auch die Schülerzahlen zurück, so dass die Auslastung vieler Schulen und Kindergärten insbesondere im ländlichen Raum und den ostdeutschen Bundesländern nicht mehr wie bisher gegeben ist. Die vermeintlich unabweichliche Konsequenz, Schulen und Kindergärten zu schließen, birgt den großen Nachteil, dass Familien abwandern oder gar nicht erst zuziehen, gerade weil keine ausreichenden Bildungs- und Betreuungsangebote vorhanden sind.



Der Lösungsansatz, Grundschule und Kindergarten zusammenzulegen, um beides am Ort zu halten, bringt dagegen ebenso wie ein jahrgangsübergreifender Unterricht pädagogische Vorteile mit sich: Weil Kooperationen und gemeinsame Projekte zwischen Kindergartengruppen und Grundschulklassen durch räumliche Nähe einfacher möglich sind, lässt sich der Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule leichter gestalten. Jahrgangsübergreifendes Unterrichten erfordert differenziertere Lernbegleitung des einzelnen Schülers, fördert Selbständigkeit

durch mehr selbstorganisiertes Lernen und bietet neue Lernchancen durch das sogenannte Lernen durch Lehren, wenn ältere Schüler jüngere bei bestimmten Aufgabenstellungen anleiten.

2.2.g Integration statt Abschottung: Es geht um jede und jeden!

Der Prozess einer regionalen Umverteilung der Bevölkerung nach Lebenslagen (arm und reich) und nach Lebensformen (Menschen mit bzw. ohne Kinder) besteht seit Jahrzehnten. Das Umland der Großstädte ist zur Familienzone der Mittelschichten geworden. Aus den Kernstädten sind einheimische Familien mit Kindern weitgehend verschwunden. Verblieben sind vielfach Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund in Armutsinseln in der inneren Stadt und in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, in denen Arbeitslosigkeit, materielle Armut und soziale Ausgrenzung den Alltag bestimmen.



Besonders in schrumpfenden Städten wird diese Polarisierung mit dem demografischen Wandel noch zunehmen. In Armutsinseln aufzuwachsen kann bedeuten, den Glauben an die eigene Gestaltungsfähigkeit der persönlichen und sozialen Lebensumstände zu verlieren. Dies erkennt man auch daran, dass bei Kommunalwahlen gerade hier bis zu zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht wählen. Migrationshintergrund und soziale Herkunft spielen in Deutschland nach wie vor eine entscheidende Rolle für schulischen und beruflichen Erfolg, sowie die gesellschaftliche Teilhabe.

Sinkt mit dem demografischen Wandel die Bevölkerung insgesamt, kann es sich eine Gesellschaft jedoch noch weniger leisten, auch nur auf eines ihrer Talente zu verzichten. Der demografische Wandel verschärft hier nur, worum es der Politik immer gehen muss: um gerechte Teilhabe und ein gesellschaftliches Umfeld, das jedem Einzelnen ein Leben in Würde ermöglicht. Um Wohlstand und Entwicklung zu sichern, wird das Potenzial jedes Einzelnen gebraucht als Erwerbstätige, als mögliche Eltern oder engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Kommunalpolitik ist gefragt, hier noch stärker als bisher Impulse zu setzen.

Mehr zum Thema Integration auf kommunaler Ebene:

Homaira Mansury

Auf Augenhöhe: Integration zum kommunalen Thema machen.

Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Texte der KommunalAkademie Band 1

PDF-Dokument zum Download:

<http://library.fes.de/pdf-files/kommunalpolitik/04440.pdf>

2.2.h Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Alle Kräfte sind gefragt

Wirtschaftliche und demografische Veränderungen beeinflussen sich wechselseitig und das nicht nur in strukturschwachen Gegenden. Regionen mit starkem Wachstum sind besser in der Lage, qualifizierte Menschen an sich zu binden als Regionen, die von Bevölkerungsverlusten und Alterung überdurchschnittlich betroffen sind. Fehlen berufliche Perspektiven, verlassen insbesondere jüngere, gut ausgebildete Arbeitskräfte die Region. Damit geht zumindest ein Teil der Elterngeneration und die Geburtenraten sinken, so dass die Entleerung und Alterung jeweils noch verstärkt werden. Arbeitskräfte an eine Region zu binden, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und insbesondere eine stärkere Einbindung von Frauen und Älteren in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, ist besonders angesichts einer weniger und älter werdenden Gesellschaft wichtig. Weniger Einwohner bedeuten oft auch weniger Kaufkraft und eine veränderte Nachfrage, die insbesondere lokal ausgerichtete Branchen und Betriebe zu spüren bekommen, wie Einzelhandel oder Gastronomie.

Kommunen können vielfältige Impulse setzen, lokale Betriebe und Wirtschaftszweige zu unterstützen und die wirtschaftliche Dynamik in einer Region aufrechtzuerhalten: Wie steht es um die beruflichen Möglichkeiten für junge, qualifizierte Arbeitnehmer/Innen? Enge Netzwerke zwischen lokalen Betrieben und Ausbildungseinrichtungen, die Ausbildungsplätze, Praktika oder Volontariate in der Region bieten, können den Berufseinstieg erleichtern und halten junge, qualifizierte Arbeitnehmer am Ort. Gibt es Unterstützung für Existenzgründer, durch die neue Arbeitsplätze in der Region entstehen können? Vielerorts geben auch Senioren ihre langjährige Erfahrung und Expertise an junge Unternehmensgründer weiter. Gibt es Hilfestellungen, um tatsächlich jedes Potenzial angesichts des vielzitierten Fachkräftemangels zu nutzen? Lokale Bündnisse für Familien können Arbeitgeber von der Wichtigkeit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf überzeugen und Impulse setzen für z. B. flexible

Arbeitszeiten, eigene Betreuungsangebote und Vereinbarungen für einen schnelleren Wiedereinstieg in den Beruf. Und es gilt das Bewusstsein zu schärfen für die Qualitäten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen.



Die Forderung nach lebenslangem Lernen muss ergänzt werden durch entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten.

Bezogen auf die sich verändernde Nachfrage gilt es aber auch die steigende, oft kaufkräftige Gruppe von Seniorinnen und Senioren in den Blick zu nehmen, um zum Beispiel im Pflege- und Betreuungsbereich für diese Zielgruppe entsprechende Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Auch hier können in einer Region neue Arbeitsplätze entstehen.

Fragen zum Arbeitsmarkt

- Was leistet die Stadt / Region (einzelne Branchen, IHK, Handwerkskammer, Politik), um jüngere Arbeitskräfte zu binden?
- Welche Wiedereinstieghilfen gibt es für Eltern nach der Familienphase?
- Gibt es Bündnisse für Familien und wie können diese gefördert werden?
- Gibt es betriebliche Modelle für flexible Arbeitszeiten und eigene Betreuungsangebote?
- Gibt es ein regionales Lern-Netzwerk von ausbildenden Betrieben, Lern- und Ausbildungseinrichtungen sowie Anbietern von Praktika und Volontariaten?
- Welche Förderung gibt es für Existenzgründer/Innen?
- Gibt es spezielle Senioren-Services für Unternehmensgründer/Innen?
- Gibt es Modelle zur Stabilisierung älterer Mitarbeiter/Innen im Betrieb, um einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen?
- Was leisten Volkshochschule und andere Bildungsträger für das lebensbegleitende Lernen?

Hilfreiche Informationsquellen über Handlungsansätze und Projektbeispiele vor Ort:

Beispiele kommunaler Projekte in wichtigen Handlungsfeldern finden sich in der Broschüre:

Mit guten Beispielen voran! »Demographischer Wandel als Herausforderung für unsere Gesellschaft – Handlungsoptionen für Kommunen und den Bund.« Broschüre zur Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 21. Mai 2007 in Berlin. PDF-Dokument zum Download: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,8319,00.pdf

Weitere Projektbeispiele und Konzepte zur Gestaltung des demografischen Wandels präsentiert die Bertelsmannstiftung sortiert nach Themen und Regionen auf: <http://demographiekonkret.aktion2050.de/>

Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) stellt auf der Homepage: www.zukunftsradar2030.de/downloads/download.htm

Szenarien, Handlungsempfehlungen und Projektbeispiele für Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Viele der präsentierten Projektbeispiele eignen sich nicht nur für Kommunen in Rheinland-Pfalz. Der ebenso dort eingestellte **Demografie-Check für Kommunen** kann über die Landesgrenzen hinweg zu einer ersten Einschätzung der Problemlage in der eigenen Kommune dienen.

2.3 Herausforderung III: Nur gemeinsam sind die Aufgaben zu meistern

Die gute Nachricht vorweg: Der demografische Wandel ist trotz enormer Herausforderungen für Kommunen gestaltbar – wengleich auch manche alt eingefahrene Vorgehensweise auf den Prüfstand gestellt werden muss.



Die öffentliche Diskussion der demografischen Veränderungen birgt die Chance, Routinen aufzubrechen, grundlegende Reformen einzuleiten und eine neue Basis für bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine stärkere politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen – denn: jede und jeder ist von den Veränderungen betroffen.

Wer es als politischer Akteur schafft, den Diskussionsprozess um die Zukunft der eigenen Gemeinde zu starten, wer Gestaltungsideen einbringt und Bürgerinnen und Bürger als Verbündete einbezieht, der gewinnt auch selbst an politischer Zukunft.

2.3.a Die Denkrichtung ändern: Abschied vom Wachstumsdenken und dafür mehr interkommunale Zusammenarbeit

Weder Zuwanderung noch größte familienpolitische Anstrengungen können den Rückgang der Bevölkerung langfristig abwenden. Der Wettbewerb zwischen Kommunen um Einwohnerinnen und Einwohner scheint ange-

sichts des Bevölkerungsrückgangs und einer nach wie vor an Wachstum orientierten Kommunalpolitik vorprogrammiert: Nicht nur beim kommunalen Finanzausgleich spielen Einwohnerzahlen eine Rolle, sondern auch beispielsweise als Arbeitskräfte, Konsumenten, Eltern oder ehrenamtlich Engagierte. Und nicht selten wird der kommunalpolitische Erfolg auch seitens der Wählerschaft an der örtlichen Einwohner-, Finanz- und Infrastrukturentwicklung gemessen.

Ein Beispiel dieser Wachstumsorientierung: in der Hoffnung, mit der Ausweisung neuen, günstigen Baulands junge Familien anwerben zu können, laden sich Kommunen mit der Erschließung neuer Siedlungen teure Fixkosten für eine Infrastruktur auf, die langfristig keiner mehr braucht. Nachhaltiger wären intelligente Lösungen, den bestehenden Wohnraum für junge Familien und ältere Einwohner zugleich attraktiv zu gestalten. Damit wären gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: nachhaltiger und effizienter Mitteleinsatz und die Förderung nachbarschaftlicher Kontakte und Unterstützungsmöglichkeiten im Alltag.

Alleinige Wettbewerbsorientierung und »Kirchturmpolitik« können den Blick auf Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit verstellen und tragen nicht zur Lösung der Probleme bei, die durch den demografischen Wandel entstehen. Bei einer zurückgehenden Bevölkerungszahl insgesamt können Einwohnerinnen und Einwohner nur auf Kosten anderer gewonnen werden. Bei zurückgehenden Einwohnerzahlen und zugleich einer sehr unterschiedlichen Auswirkung des demografischen Wandels selbst in benachbarten Gemeinden könnte durch Zusammenarbeit und gemeinsame Infrastrukturplanung ein höheres Maß an Versorgung und Lebensqualität für die Bevölkerung gesichert werden.

Zweifelsohne besteht hier auch Handlungsbedarf für die Landespolitik: Bedarfszuweisungen könnten beispielsweise stärker an interkommunal abgestimmte Lösungen und demografiefeste Planungen gebunden oder die oft sehr kleinteiligen kommunalen Gebietsstrukturen ange-

passt und der Blick damit auf die Region als Planungsebene gelenkt werden. Dass Kommunen damit aber nicht erst auf das Land warten müssen, zeigen viele positive Beispiele interkommunaler Zusammenarbeit schon jetzt.

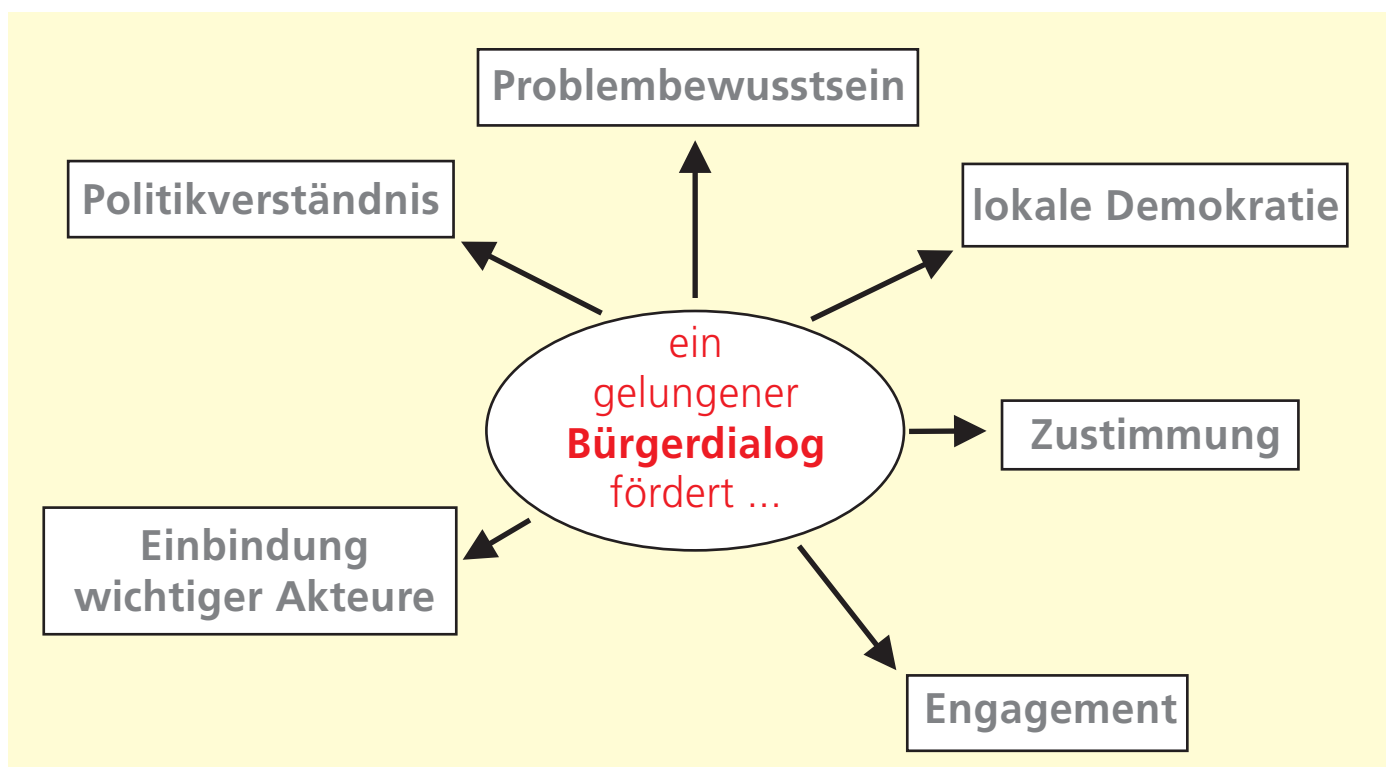
Mehr zu interkommunaler Zusammenarbeit:
Hans-Jörg Frick und Michael Hokkeler: Interkommunale Zusammenarbeit – Handreichung für die Kommunalpolitik. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Texte der KommunalAkademie Band 4

2.3.b Erfolgsfaktor Bürgerdialog: Problembewusstsein schaffen und gemeinsam Lösungen entwickeln

Die wohl schwierigste Herausforderung bei der Gestaltung demografischer Veränderungen besteht darin, dass der demografische Wandel eine weitsichtige, konsistente Politik erfordert, wenngleich Erfolge guter Politik bis zum nächsten Wahltag noch kaum sichtbar gemacht werden können.

Oft weckt der demografische Wandel auch Befürchtungen und ist damit für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kein einfaches Thema. Weil von den Veränderungen aber alle betroffen sind und sie die Kommunalpolitik langfristig bestimmen werden, ist es wichtig, schon früh Verständnis für Veränderungen zu schaffen. Ein konsequenter Bürgerdialog, der über die Entwicklungen aufklärt und Orientierung bietet, ist ein entscheidender Schritt, um Zustimmung und Engagement für Reformvorhaben zu gewinnen. Nur bürgerorientiert sind die Herausforderungen zu meistern – wenn Lösungen gemeinsam entwickelt werden, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern geweckt werden kann und die für das jeweilige Vorhaben wichtigen Akteure und die Betroffenen eingebunden werden.

Ein Bürgerdialog trägt insbesondere dazu bei, dass ein tragfähiger Konsens entwickelt werden kann, bei dem alle Kräfte, die für eine nachhaltige Bewältigung der Veränderungen gebraucht werden, an einem Strang ziehen.



Ressourcen von Politik und Verwaltung sowie Ressourcen, die in der Bürgerschaft vorhanden sind, ergänzen sich bei der Zukunftsaufgabe, die demografischen Veränderungen zu gestalten: Vergegenwärtigt man sich dieser Ressourcen, die bei einem Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zusammenkommen, werden enorme Gestaltungschancen deutlich, die schon heute in vielen Projekten in Städten und Gemeinden genutzt werden, um die demografischen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu bewältigen. Ein Bürgerdialog ist Startschuss, Mittel und Weg, diese Ressourcen zu mobilisieren und zu bündeln – ein Erfolgsfaktor für die Zukunftspolitik vor Ort.

Ressourcen von Politik und Verwaltung

Planungshoheit, Planungswissen
(Flächennutzung, Bebauung)

Mehrheiten / Grundkonsens

Zuwendungen / Genehmigungen

Räume / Büro-Infrastruktur

Grundstücke /
Immobilien

Politische Netzwerke / Kontakte

Wissen über Recht und Verfahrensfragen

Glaubwürdigkeit / öffentl. Anerkennung

Ressourcen der Bürgerschaft

Erfahrungswissen,
Nutzenerkenntnisse

Stimmenpotenzial

Unvoreingenommenheit / Kreativität

Geld (wachsendes Privatvermögen)

Arbeitszeit (ältere Senioren,
Studierende, Arbeitssuchende)

Macht / Meinungsbildung

Intrinsische Motivation / Energie

Persönlichkeiten / Reputation

2.4 Ein gelungenes Beispiel:

In Odenthal hat der Weg in die Zukunft im Bürgerdialog zum demografischen Wandel bereits begonnen. Die Gemeinde mit knapp 16 000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt im Rheinisch-Bergischen Kreis östlich von Leverkusen. Im Jahr 2006 beschloss der dortige SPD-Ortsverein, sich dem demografischen Wandel zu stellen. Leer stehende Häuser, fehlendes Geld für Infrastruktur, zu wenig Arbeitskräfte und ein unbelebtes Ortszentrum könnten schon in wenigen Jahren Realität in Odenthal sein, wenn es nicht gelingt, junge Familien am Ort zu halten. Bald wurde klar, dass die besten Ideen und Handlungsansätze nur

entstehen können, wenn Politik und Bürger gemeinsam nach Lösungen suchen.

Nach einer Informationsveranstaltung zur bevorstehenden Bevölkerungsentwicklung in Odenthal lud der SPD-Ortsverein am 17. März 2007 zu einer eintägigen Bürgerwerkstatt ein. War das Interesse an kommunalpolitischen Themen bislang nur bescheiden, fanden sich hier jedoch 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bürgerhaus Herzogenhof ein, um mit der Methode Zukunftswerkstatt gemeinsam Perspektiven für Odenthal zu entwickeln.

Warum eine Zukunftswerkstatt zum demografischen Wandel?



Dr. Christiane Otto,
Impuls-Werkstatt
Leverkusen

Christiane Otto: Der demografische Wandel ist ein uns allen in seinen Auswirkungen bisher unbekanntes Phänomen. Nirgendwo können wir abgucken, welche Folgen die Umkehrung des Verhältnisses der Anzahl der jungen zur Menge der alten Menschen haben kann und wird. Und deshalb werden wir auch nur selten mit konkreten Bildern

und Beispielen aus dem täglichen Leben konfrontiert. Bücher und Filme, die sich die Darstellung dieser neuen Zukunft zum Thema machen, werden als Horror empfunden und oft genug als zu negativ oder nicht realistisch kommentiert und abgetan. Also reden Wissenschaftler und Politiker lieber über neutrale statistische Zahlen und Hochrechnungen, wenn es um den demografischen Wandel geht. Aber der hierin ungeübte Bürger kann den Bezug zu seiner eigenen Zukunft und der der Kommune aus diesen Zahlen, Säulen und Kurven kaum herstellen.

Christiane Otto: Das Ziel einer Zukunftswerkstatt mit

Bürgern ist deshalb, die eigene Betroffenheit des Einzelnen und seiner Angehörigen zu erzeugen, die sich aus immer weniger jungen und immer mehr alternden Menschen in unserem Lebensraum entwickeln wird.

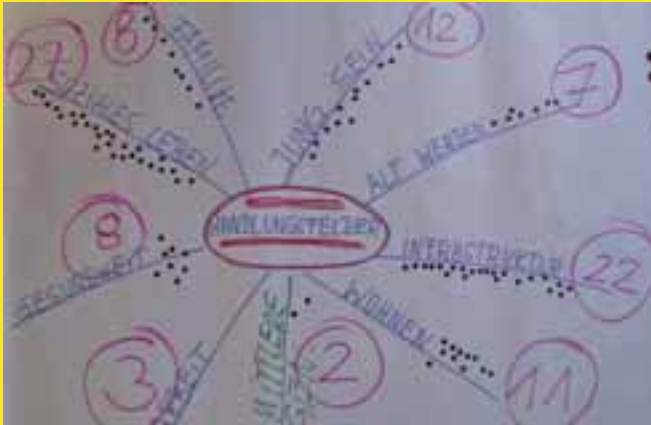
Was wäre ohne die Zukunftswerkstatt nicht möglich gewesen?

Christiane Otto: Eine Zukunftswerkstatt mit Bürgern ist ein Instrument, das beim Einzelnen die mentale Öffnung für die persönlichen Folgen aus dem demographischen Wandel in Kommune und Region schaffen kann. Umgekehrt lernt der aufmerksame Politiker mit dieser Form der Kommunikation sehr viel über das Bewusstsein der engagierten Bürger zu dem bevorstehenden Bevölkerungswandel. Eine Bürgerwerkstatt zum Thema Zukunft gibt damit meines Erachtens eine sehr gute Plattform für politische Strategien und ist somit eine wichtige Maßnahme einer bürgernahen kommunalen Zukunftsarbeit.

Was war bei der Vorbereitung wichtig zu beachten?

Christiane Otto: Um Öffnung für das vielschichtige Thema und Zugang zur individuellen Betroffenheit zu erreichen, haben wir in erster Linie versucht, Nähe zum alltäglichen Leben herzustellen. So wurden Menschen aus

Zukunftsdialog in Odenthal



Die erarbeiteten Handlungsfelder

der Region eingeladen, die einen sehr persönlichen Beitrag zum Zukunftsthema geben konnten. Der Darstellung der für den Laien schwer zugänglichen statistischen regionalen Daten wurde dagegen wenig Raum gelassen.

Welche methodischen Schritte waren entscheidend für den Erfolg?

Christiane Otto: Wenn ich von Menschen erfahren will, was und wie sie denken, muss ich eine Atmosphäre der Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit schaffen und ausreichend Raum, damit meine ich Platz und Zeit, zur intensiven Diskussion geben. Und damit das Ziel – die Plattform für strategische Zukunftsarbeit zu schaffen – erreicht werden kann, braucht es unbedingt professionelle Dramaturgie mit dem passenden Methodenwechsel sowie eine zielgerichtete, aber trotzdem sensible Moderation.

Dr. Christiane Otto moderierte die Bürgerwerkstatt »Zukunft für Odenthal«.

An der fiktiven Familie Wandel, die von der einjährigen Susi bis zur Ur-Großmutter Herta (96) alle Generationen umfasste, wurden die Auswirkungen des demografischen Wandels für jeden Einzelnen deutlich. Weiterhin wurden wichtige Handlungsfelder ausgemacht, um in Odenthal den demografischen Veränderungen zu begegnen: Soziales Leben, eine angepasste Infrastruktur, Attraktivität für die junge Generation sowie zukunftsweisende Wohnformen hatten bei den Teilnehmenden oberste Priorität.

Viele Ideen und Handlungsansätze kamen zusammen, wie der demografische Wandel im Sinn aller Betroffenen zu gestalten sein könnte: fahrende Arztpraxen, rollende Tante-Emma-Läden, ehrenamtlich organisierte Sammeltaxis und generationsübergreifende Unterstützung im Alltag in einer Nachbarschaft, die Begegnung ermöglicht, sind nur wenige Ideen, die bald Wirklichkeit werden könnten.

In Kooperation mit der Ruhr Universität Bochum soll demnächst mit einem Fragebogen nachgehakt werden, was die Bürgerinnen und Bürger von Odenthal wollen und können. Der Bürgerfragebogen wird begleitet von Experteninterviews in Vereinen, der Gemeindeverwaltung und anderen zentralen Einrichtungen in Odenthal. Aus den Ideen und Ansätzen der Bürgerwerkstatt sollen Fahrpläne werden für ein lebenswertes Odenthal von morgen.

Damit hat die SPD in Odenthal viel bewirken können obwohl sie im Gemeinderat selbst nur als kleine Fraktion in der Minderheit vertreten ist. Nicht nur in der Bevölkerung ist Rückhalt zur Gestaltung des demografischen Wandels entstanden, sondern auch bei den anderen Fraktionen im Gemeinderat selbst. Eine kleine Partei hat so die Kommunalpolitik in Odenthal zukunftsweisend verändert.

Wandel bietet auch Chancen

Mit Familie Wandel in die Zukunft: Bürgerwerkstatt fand großes Interesse

Odenthal - Fahrende Arztpraxen und rollende Tante-Emma-Läden, von Ehrenamtlern gesteuerte Sammeltaxis sowie Familienstrukturen, die sich nicht an Verwandtschaftsgraden, sondern an den Gegebenheiten des Immobilienmarkts orientieren: So könnte Odenthal in einigen Jahrzehnten aussehen. Sechs Stunden lang diskutierten gut 40 Teilnehmer im Bürgerhaus Herzogenhof über die Auswirkungen des demografischen Wandels an der Dhünn. Auf Anregung von SPD-Ratsmitglied Richard Pyka wurde der Modellversuch gewagt und die erste Bürgerwerkstatt zu diesem Thema angeboten.

Weil der Wandel alle betrifft, begleitete die Presse den Zukunftsdialog von Anfang an.

Welche Gründe waren ausschlaggebend, einen Bürgerdialog zum demografischen Wandel zu starten?



Richard Pyka,
Ratsmitglied der SPD-
Fraktion Odenthal

Richard Pyka: Wir haben erkannt, dass wir die Folgen des demografischen Wandels in den Vordergrund der politischen Arbeit stellen müssen. Das Thema demografischer Wandel beschäftigt nicht nur uns im Ortsverein und der Fraktion, sondern bedrängt viele.

Mit dem Bürgerdialog konnten wir Betroffenheit bewirken, aber auch Engagement mitzugestalten konnte geweckt werden.

Statt mit dem Bürgermeister über einen neuen Flächennutzungsplan zu streiten, beschlossen wir, neue Wege zu gehen. Unser Leitgedanke dabei gilt im demografischen Wandel mehr denn je: Kommunale Kompetenz darf nicht am Hoch- oder Tiefbau gemessen werden, sondern daran, ob es gelungen ist, soziale Strukturen und Lebensqualität zu schaffen.

Wie wurde dabei vorgegangen und was konnte für Odenthal aber auch für die Arbeit der Fraktion bewirkt werden?

Richard Pyka: Wir starteten mit einer öffentlichen Veranstaltung, in der wir Zahlen, Daten und Fakten der demogra-

fischen Entwicklung für Odenthal vorstellten. Schon hier holten wir die Presse ins Boot, die uns seitdem sehr aufmerksam begleitet, denn: das Thema betrifft alle. Bald fiel die Entscheidung, zu einer Bürgerwerkstatt einzuladen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Odenthal zukunftsfähig zu machen. Uns war klar: als kleine Fraktion in der Minderheit können wir ein Mehrgenerationenhaus nicht selber bauen, aber wir können alle Interessen zusammenbringen und Motivation zum Handeln schaffen.

Das Thema demografischer Wandel ist seitdem präsent, im Fokus auch der anderen Parteien, des Bürgermeisters und der Verwaltung. Dass wir Vorreiter bei diesem Zukunftsthema waren, verschaffte uns Anerkennung und Respekt auch in der Öffentlichkeit.

Wie geht es bei der Gestaltung mit dem Bürgerdialog weiter?

Richard Pyka: Wir warten gespannt auf die Ergebnisse des Bürgerfragebogens, die wir mit Politikvorschlägen im Rat einbringen wollen. Zugleich haben wir bereits eine weitere Bürgerveranstaltung zu Möglichkeiten neuer Wohnformen durchgeführt und planen weitere Veranstaltungen zum Thema Immobilien Kaufen und Verkaufen sowie zum Thema Pflege älterer Mitmenschen, um über Gestaltungsmöglichkeiten zu informieren.

Wir wollen nicht nachlassen, gemeinsam Odenthal »fit für den Wandel« zu machen.

2.5 Zehn Schritte für den Bürgerdialog



Der »neue Hut«: den Bürgerdialog führen

2.5 Zehn Schritte für den Bürgerdialog

von Wolfgang Gisevius

Schritt 1: Probleme wahrnehmen, Ziele klären

Wozu beschäftigen wir uns mit dem demografischen Wandel? Der demografische Wandel erreicht die einzelnen Kommunen zwar unterschiedlich, aber alle sind betroffen und müssen vorausschauend handeln. Das erfordert ein Problembewusstsein in der eigenen Partei, aber auch weit über die eigene Partei hinaus. Der Konsens darüber, wie mit den demografischen Veränderungen aktiv umgegangen werden soll, ist gefragt. Zum einen dauern Veränderungen in der Stadtentwicklung immer sehr lange, zum anderen braucht Stadtentwicklung Beständigkeit. Nur mit einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung können langfristige Maßnahmen greifen.

Die Balance zwischen Konsens-Orientierung und politischer Identität entscheidet über die zukünftige kommunalpolitische Gestaltungskraft. Konsens-Orientierung heißt nicht die Aufgabe des eigenen Profils. Gerade weil zurzeit das Parteienspektrum ausfranst, bleibt es besonders wichtig, das eigene Profil, den Unterschied für die Bürger erkennbar zu machen. Das erfolgt dadurch, dass die eigene Partei die Zukunftsthemen vorrangig und kreativ anpackt. Projektgruppen sorgen dafür, mehr Informationen zu liefern, schneller zu sein als die anderen und neue Akzente von den eigenen Grundwerten her zu setzen. Wer zuerst die richtigen Fragen stellt, führt im politischen Dialog. Wer die Bürger in diesen Dialog einbezieht, findet Verständnis und Anerkennung.

Schritt 2: Fakten und Trends erfragen, Analysegruppe bilden

Anschließend gilt es, relevante Zahlen und Entwicklungstrends zu erkunden. Insbesondere die eigene Stadtverwaltung ist hier Adressat. Aber auch viele andere Informationsquellen stehen zur Verfügung. Prognosen zu demografischen Kennzahlen für Städte und Gemeinden ab 5 000 Einwohnern findet man unter www.wegweiser-kommune.de der Bertelsmann-Stiftung.

Schritt 3: Unterstützer suchen, Widerständen begegnen

Alle Veränderungen oder neue Arbeitslinien bringen Widerstände hervor, die überwunden werden wollen. Deshalb steht zu Beginn die Suche nach Engagierten und Verbündeten – innerhalb der eigenen Reihen sowie extern unter den Betroffenen und Experten. Die Träger des Widerstands gilt es zu personifizieren, um sich besser auf die Auseinandersetzung vorbereiten zu können. Wer sind die Bedenkensträger, wer die Verhinderer? Wer sind die fachlichen und kommunikativen Schlüsselpersonen, die wir an unserer Seite brauchen (siehe Seite 37)?

Schritt 4: Start-Konzept und Grundsatz-Beschluss

Das Start-Konzept bereitet einen Grundsatzbeschluss der Fraktion oder Partei vor und schafft die Basis für gute Argumente. Ein Start-Konzept könnte umfassen:

- Leitgedanken zur Aufgabenstellung
- Zukunftsdaten der Kommune und Formulierung offener Fragen
- ein Zukunfts-Szenario
- einen Problem-Katalog sowie Lösungsvorschläge
- eine Liste wichtiger Multiplikatoren und Schlüsselpersonen
- einen Phasen- und Zeitplan für das Vorgehen

Ein Grundsatzbeschluss könnte beinhalten:

- Wir machen die demografischen Veränderungen in unserer Stadt / Region zum ständigen Thema der Fraktions- / Parteiarbeit
- Wir erarbeiten in Projektgruppen mit intensiver Bürgerbeteiligung Lösungsstrategien für wichtige Handlungsfelder
- Wir nehmen die Vorschläge der Bürger/Innen ernst und vertreten sie im Rat
- Vor wichtigen Entscheidungen der Stadtentwicklung organisieren wir einen am Gemeinwohl orientierten Konsultationsprozess
- Die Fraktion fordert einen jährlichen Demografiebericht der Stadtverwaltung

Schritt 5: Attraktive Auftaktveranstaltung

Eine vom Ort, der Methode und den eingebundenen Personen her attraktive Start-Veranstaltung weckt das öffentliche und mediale Interesse am Engagement für den Bürger-Dialog zum demografischen Wandel. Der Methode nach kann dies z. B. in der Form einer moderierten Zukunftswerkstatt, eines Café Communale oder einer Bürgerbefragung erfolgen (siehe Seite 46 ff.). Die Auswahl und die rechtzeitige Einladung geeigneter Personen für diesen wichtigen Auftakt hat besonderes Gewicht (siehe auch der Bericht aus Odenthal auf Seite 28 bis 30). Die Ergebnisse der Veranstaltung werden veröffentlicht und im Internet bereitgestellt.

Schritt 6: Offene Projektgruppen bilden

Für die wichtigsten Handlungsfelder gibt es je eine offene Projektgruppe. Diese Gruppen laden die Mitglieder, engagierte Bürger/innen und Experten zur Mitarbeit ein. Sie formulieren den eigenen Auftrag gemeinsam und legen den Zeitrahmen sowie klare Verantwortlichkeiten fest. Sie starten, indem sie

- die Probleme im jeweiligen Handlungsfeld darstellen,
- die Auswirkungen und Vernetzungen mit anderen Handlungsfeldern definieren,
- die Vernetzung mit anderen Fraktionen und Kommunen in ähnlicher Lage suchen,
- die Beteiligung und Information möglichst unterschiedlicher Zielgruppen anstreben.

Schritt 7: Leitziele und Leitbilder mit den Bürgern formulieren

Für das konkrete Handlungsfeld werden gemeinsam mit der Bürgerschaft Leitbilder bzw. Leitziele definiert und hierzu passende strategische Ziele und Handlungsmöglichkeiten abgeleitet. Für diesen Schritt eignet sich z. B. eine Bürgerkonferenz (vgl. Methoden und Aktionsformen). Die Vorarbeit der Projektgruppen dient dazu, Ideen und Im-

pulse für Gestaltungsmöglichkeiten einzubringen. Die gemeinsam entwickelten Leitziele werden anschließend durch eine Prioritätenliste in eine Rangfolge gebracht und veröffentlicht.

Schritt 8: Akteure miteinander vernetzen, Transparenz und Mitsprache für alle

In dieser Entwicklungsstufe kommt es darauf an, die Schlüsselpersonen miteinander zu vernetzen und verantwortliche Akteure durch verbindliche Entscheidungen mit der weiteren Arbeit zu betrauen. Weder eine Partei noch die Stadt noch die Bürger alleine sind für alles zuständig. Verantwortlichkeiten der Landesbehörden spielen im kommunalen Alltag ebenso eine wichtige Rolle wie das Handeln der vielen privaten Akteure in der Kommune. Beispielsweise ist eine Wohnbauflächenentwicklung ohne die Alteigentümer ebenso wenig möglich, wie eine Ganztagschule ohne die Mitarbeit von Engagierten aus Vereinen. Ein breit angelegter Dialog über die Akteure hinaus macht die Zwischenergebnisse öffentlich bekannt, schafft tieferes Problembewusstsein und neue Teilhabemöglichkeiten. Dabei ist darauf zu achten, dass Menschen aus unterschiedlichen Milieus einbezogen werden.

Mehr Transparenz gewinnt man nicht nur durch schriftliche Informationen, sondern insbesondere durch Ortsteil bezogene Veranstaltungen, mit der Möglichkeit für Bürger, selbst Stellung zu nehmen und Ideen einzubringen. Das mobilisiert öffentliche Unterstützung.

Schritt 9: Konkrete Programme beschließen und umsetzen

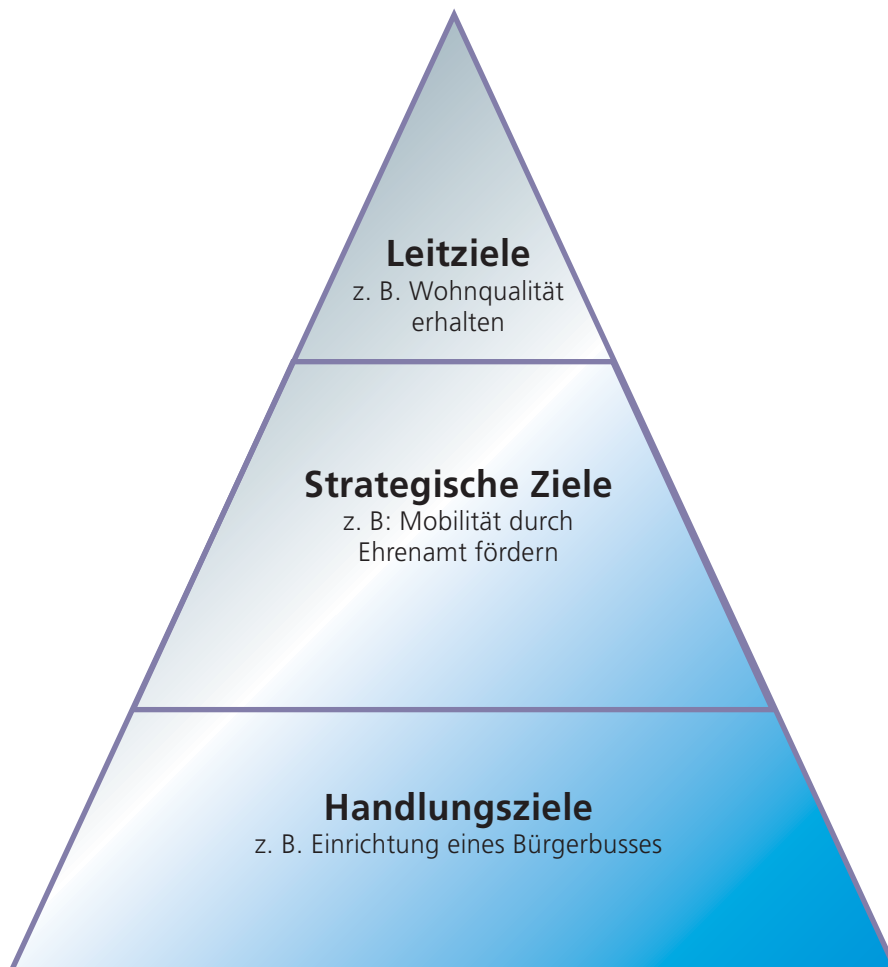
In der Umsetzungsphase werden gemeinsam Handlungsprogramme ausgewählt, die deutlich machen, in welche Richtung sich die Kommune entwickeln soll. Neue Kooperationsformen motivieren und mobilisieren engagierte Menschen, sich für das Gemeinwesen einzusetzen und fördern das Verständnis von Kommunalpolitik.

Schritt 10: Ergebniskontrolle und Zielkorrektur

Das Handeln soll regelmäßig auf Ergebnisse hin überprüft werden. An festgelegten Terminen – den »Meilensteinen« – wird darüber nachgedacht, ob die beabsichtigten Zielsetzungen erreicht und die Umsetzung den quantitativen und qualitativen Anforderungen gerecht wurde. Defizite erfordern dann eine Ziel- und Maßnahmenkorrektur.

Und schließlich: Auch kleine Erfolge wollen gefeiert sein.

Die Zielpyramide



Auf diesen Ebenen müssen wir gemeinsam aktiv werden

Planungshilfe: Der Zielfokus

Der Zielfokus hilft

bei der genaueren Definition und Vorbereitung einer Aktivität und damit zum Vermeiden von Fehlschlägen. Am Anfang steht stets die Frage nach dem »wozu«. Was soll damit erreicht werden (Sinn, Zweck, Nutzen)? Damit zusammen hängt die Antwort auf die Frage, »für wen« wir aktiv werden (Partner, Betroffene, Zielgruppe). Je genauer wir diese beiden Fragen zu Beginn klären, desto zielorientierter kann auf das Ergebnis hingearbeitet werden. Die Sinn- und die Zielgruppenfrage klären unsere kommunalpolitische Motivationsebene. Die Beschreibung der Erfolgskriterien und des Ergebnisses sind Voraussetzungen, um auf der Handlungsebene dann erfolgreich zu sein.

Kommunale Aktivitäten sind nicht von uns allein zu beeinflussen, da sie im öffentlichen Raum stattfinden oder zumindest externe Wirkungen haben. Deshalb sind bei der Planung bereits die externen Faktoren als »Rahmen« in den Blick zu nehmen, z. B. die anderen Akteure, gegebene Verantwortlichkeiten, die Finanzlage oder Hindernisse und Widerstände, die es zu beachten gilt.



Sinn

- Warum führen wir dieses Projekt durch?
- Passt das zu uns, unseren Werten?
- Welchen Beitrag leisten wir zur Stadt(teil)entwicklung?
- Welchen Nutzen bringt es meiner Zielgruppe?
- Wo kollidieren wir mit dem »Eigensinn« anderer?

Zielgruppe

- Wen genau wollen wir wie erreichen?
- Wer ist die Zielgruppe?
- Wer sind Partner, wer Unterstützer?
- Mit wem wollen wir gemeinsam arbeiten?
- Wem nutzt das Projekt am Ende?
- Wessen Interessen werden auch berührt?

Erfolgskriterien

- Wann sind wir mit unserer Arbeit zufrieden?
- Einzuhaltende Rahmenbedingungen?
- Wie merken wir, dass wir Erfolg haben?
- Wie können wir das messen?

Arbeitsergebnis

- Was wollen wir erreichen?
- Mit welcher Priorität wollen wir welches Ergebnis erreichen?
- Was soll sich dann verändert haben?
- Wie zeigt sich das?
- Können wir das beschreiben?

Planungshilfe: Zahlen und Daten erfassen

Die **Einwohnerstatistik** gibt Auskunft über Bevölkerungsvolumen, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, wer die Stadt verlassen hat (Alter, Ausbildung) und wer zugezogen ist. Ein Abgleich mit Daten vor fünf oder zehn Jahren kann Trends erkennen lassen.

Die **Jugendhilfeplanung (KJHG)** ist oft bei den Jugendämtern angesiedelt und gibt Aufschluss über den Bestand an Einrichtungen und Diensten wie Kinderbetreuungsplätzen und ermittelt mittelfristig den Bedarf und notwendige Vorhaben unter Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen und der Personensorgeberechtigten.

Kreisweite Pflegekonferenzen (Landespflegegesetze) ermitteln Bestand und Bedarf an Infrastruktur für Unterbringung und Betreuung älterer Menschen, die keinen eigenen Haushalt mehr führen können oder wollen. Ein Abgleich mit dem bereits heute prognostizierbaren zukünftigen Bedarf ist möglich.

Der **Schulentwicklungsbericht** der kommunalen Verwaltungen an den Rat informiert über den Bedarf an Schulplätzen in Gegenwart und Zukunft. Schon jetzt kann über die zukunftsweisende Nutzung des gegebenenfalls freiwerdenden Schulraums nachgedacht werden, um eine gute Bildungsinfrastruktur am Ort zu halten.

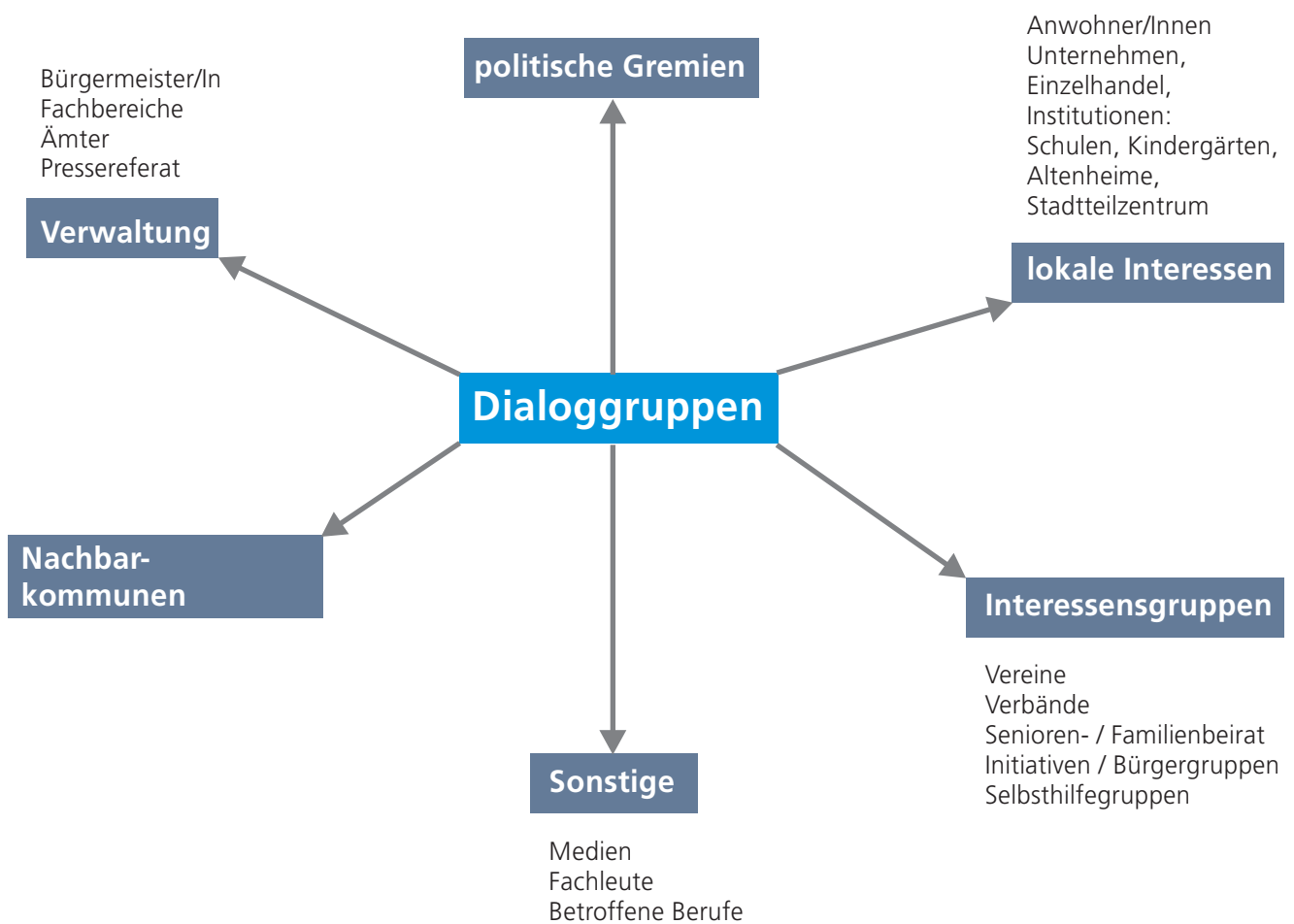
Liegen den kommunalen **Flächennutzungs- und Bebauungsplänen** aktuelle Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung zugrunde? Wie muss die Infrastruktur (Trink- und Abwassersysteme, Strom, Telekommunikation, Sozial- und Freizeiteinrichtungen) geplant bzw. angepasst werden, um eine überdimensionierte Infrastruktur mit hohen Fixkosten, hohe Umstellungskosten oder Fehlinvestitionen zu vermeiden?

Wann müssen in der **Verkehrsentwicklungsplanung** Nah-, Straßen- und Schienenverkehrsplan fortgeschrieben werden und wann ergeben sich damit Chancen zur zukunftsfähigen, aktiven Gestaltung?

Gibt es eine gebündelte **Stadtentwicklungsplanung**, sektorübergreifende Leitbilder bzw. Ziele, wie die Stadt in zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll und sind diese Ziele mit den demografischen Entwicklungen der Zukunft abgestimmt?

Planungshilfe: Dialoggruppen

Wen gilt es zu berücksichtigen?



Planungshilfe: Verbündete gewinnen

Verbündete gewinnen

- Wen möchten / müssen wir ansprechen?
- Mit welchen Argumenten können wir Verbündete gewinnen?

Lokale Akteure	Wen ansprechen?	Mit welcher Argumentation?
----------------	-----------------	----------------------------

Politik:

Partei		
Fraktion		
andere Parteien		
Verwaltung		

Kommunale Akteure:

Wirtschaft		
Betriebsräte		
betroffene Berufe		
öffentl. Einrichtungen		
Vereine, Verbände		
Kirchen		

Lokale Interessengruppen:

Anwohner		
Senioren		
Familien		
Jugend		

Andere Multiplikatoren:

persönl. bekannte Menschen		
lokale Persönlichkeiten		



3

Zukunftspolitik im Bürgerdialog:
Methoden und Aktionsformen

3. Zukunftspolitik im Bürgerdialog: Methoden und Aktionsformen

Ein konsequenter Bürgerdialog ist ein entscheidender Erfolgsfaktor bei der Gestaltung des demografischen Wandels: Er schafft den nötigen Rückenwind für Reformvorhaben, aber auch Rückenwind für die politischen Akteure selbst, die sich der Zukunftsaufgabe »demografischer Wandel« bürgerorientiert annehmen.



Mit kreativen, beteiligenden Aktionsformen können am Ende nicht nur Verständnis und Engagement in der Bevölkerung geweckt werden, sondern vielleicht sogar der eine oder die andere für die kommunalpolitische Arbeit selbst gewonnen werden. Lokale Zukunftspolitik kann und soll beides: Zukunft für Kommunen im demografischen Wandel schaffen, aber auch kommunalpolitisches Interesse und Engagement insgesamt wecken.

Nachhaltigkeit zu sichern ist nicht nur beim Bürgerdialog das Entscheidende. Neben einer strategischen Einbettung der Dialogveranstaltungen in die eigene Kommunalpolitik insgesamt können einige Aspekte bei der Veranstaltungskonzeption helfen, trotz des Eventcharakters eine längerfristige Wirksamkeit der Veranstaltung zu erreichen.

Folgendes gilt es bei jeder Veranstaltungsplanung deshalb unbedingt zu beachten:

Checkliste Nachhaltigkeit

- Gibt es eine/n Verantwortliche/n, der sich vor und während der Veranstaltung um effektive Medienarbeit kümmert, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erhöhen?

- Gibt es Möglichkeiten, wichtige Akteure und Verbündete, die man gewinnen möchte, schon im Vorfeld in die Veranstaltungsplanung einzubeziehen (Leitfragen abstimmen, Einladung auch über Multiplikatoren in Vereinen etc.)?
- Sind wirksame Möglichkeiten zur Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse eingeplant (ein Bericht auf unserer Homepage, eine Ausstellung im Rathaus, eine Veröffentlichung z. B. der Bodenzeitung in der Lokalzeitung)?
- Wie kann die Kommunikation der Teilnehmenden nach Abschluss der Veranstaltung gefördert werden?
- Welche weiteren Schritte schließen sich an die Aktion an (z. B. eine Bürgerbefragung oder ein Expertenhearing im Anschluss an die im Café Communale entwickelten Ideen)?
- Gibt es einen Plan, wie nach der Veranstaltung mit deren Ergebnissen weiter (politisch) umgegangen wird?

1. Startaktionen für den öffentlichen Dialog: Impulse setzen und zum Nachdenken anregen

Schon mit kleinen, einfachen aber pfiifigen Startaktionen in der Öffentlichkeit (z. B. in der Fußgängerzone, beim Stadtfest o. ä.) kann es gelingen, die Diskussion über den demografischen Wandel und seine lokalen Auswirkungen in Gang zu bringen. Es geht dabei weniger um die Vermittlung detaillierten Fachwissens oder umfangreicher politischer Programme, sondern darum, wirksame Impulse zu setzen, die zum Nachdenken anregen und deutlich machen, dass es Zeit ist angesichts der demografischen Veränderungen etwas zu tun.

Zugleich soll es aber auch darum gehen, zu zeigen, dass Ideen und Engagement aller Bürgerinnen und Bürger gefragt sind und zum Mitgestalten eingeladen wird. Die Startaktionen eignen sich damit auch zur Ankündigung größerer Dialogveranstaltungen, wie beispielsweise einer Zukunftswerkstatt oder einer Bürgerkonferenz.

3.1 Startaktionen für den öffentlichen Dialog:

von Arno Klare

Methode	Kurzbeschreibung	Ziele
1. Bodenzeitung	<p>Die Bodenzeitung ist eine Alternative zum Infostand. Sie besteht aus einem auf den Boden gelegtem, großflächigen Plakat z. B. aus Abdeckfolie, wie man sie im Baumarkt erhält. Das Plakat »versperrt« den Weg von Passanten und zieht als große weiße Fläche den Blick auf sich.</p> <p>Auf der Bodenzeitung stehen offene Fragen, zu denen Passanten ihre Meinung äußern und auch niederschreiben können. So entsteht nach und nach ein Meinungsbild, das wiederum als Diskussionsgrundlage dienen kann, um an dem Thema der Bodenzeitung weiterzuarbeiten.</p> <p>Die Bodenzeitung ist kein kommunikativer Selbstzweck, sondern Mittel zum Dialog. Bietet man außerdem noch einen Kaffee an, nutzen Menschen gern die Gelegenheit für ein Gespräch.</p> <p>Variante: Noch interaktiver kann man die Bodenzeitung auch als Spielbrett gestalten, z. B. als Zukunftsmemory (siehe Vorlage Seite 57).</p>	<ul style="list-style-type: none"> • sensibilisieren für die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels • erstes Meinungsbild einholen • zur Auseinandersetzung anregen • Gestaltungsmöglichkeiten andiskutieren • gegebenenfalls für folgende Dialogveranstaltungen werben
2. Demografiequiz	<p>Menschen machen gerne ein Quiz. Ein Demografiequiz vermittelt Wissen über die Bevölkerungsentwicklung vor Ort und ihre Folgen, kann aber auch Anlass sein, über Gestaltungsmöglichkeiten ins Gespräch zu kommen. Da Passanten in der Fußgängerzone nicht lange stehen bleiben, muss es ein Kurzquiz sein (siehe Vorlage Seite 54). Die Spannung steigt, wenn jeweils zwei Personen gegeneinander um die richtigen Lösungen spielen. Zudem lassen sich auch mehrere Perspektiven auf eine lokale Zukunftspolitik zusammenbringen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • sensibilisieren für die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels • zur Auseinandersetzung über Gestaltungsmöglichkeiten des demografischen Wandels anregen
3. Umfragen	<p>Menschen werden durchaus gern nach ihrer Meinung gefragt. 10 Personen, ausgerüstet mit Klemmbrettern, Fragebögen und Stiften, machen in der Fußgängerzone eine Befragung. Bitte sagen Sie immer, wer die Befragung durchführt und was sie sich davon versprechen. Die Dauer der Interviews sollte fünf Minuten nicht überschreiten. Die Fragen sollten nach dem Multiple-Choice-System aufgebaut sein. Nur so kann man sie hinterher z. B. in einer Excel-Tabelle auswerten. Fragen zur Person müssen aufgenommen werden: Geschlecht, Alter (Dies kann man als Zahl aufnehmen. Über die Auto-Filter-Funktion von Excel kann man später spezielle Auswertungsläufe machen.), aus welchem Stadtteil.</p> <p>500 bis 700 Interviews sind für eine Gemeinde von 100 000 Einwohnern recht aussagekräftig. Die Ergebnisse der Umfrage müssen veröffentlicht werden. Dies kann in der Lokalzeitung, auf der eigenen Internetseite oder beim kommenden Aktionsstand als Bodenzeitung geschehen. Sie sollten und müssen Anlass zu Folgedialogen sein. So können sie auch als Input für eine Zukunftswerkstatt dienen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • für die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels sensibilisieren • breites Meinungsbild einholen • Auseinandersetzung mit dem demografischer Wandel initiieren

Impulse setzen und zum Nachdenken anregen

Vorbereitung	Material	Tipps und weitere Infos
<ol style="list-style-type: none"> 1. passenden Ort bestimmen (Fußgängerzone, vor dem Rathaus o.a.) 2. Thema und Fragen formulieren 3. Zeitung anfertigen, auslegen 4. auf Folgegespräche vorbereiten 5. klären, was mit den Ergebnissen geschehen soll 	<ul style="list-style-type: none"> • reissfeste Abdeckfolie aus dem Baumarkt, • ausreichend Folienstifte • Steine (o.a.) zum Befestigen der Bodenzeitung 	<p>Homepage des Kommunikationstrainers Wolfgang Nafroth: www.nafroth.com/pages/iframes/iframe_bodenzeitung.htm</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Ort bestimmen • Fragen formulieren und Antworten recherchieren • kleine Preise besorgen • klären, wer das Quiz durchführt 	<ul style="list-style-type: none"> • kopierte Quizbögen • Stifte • evtl. Box für ausgefüllte Bögen zur Gewinnauslosung • evtl. Glücksrad als Alternative zu Quizbögen 	<p>Nicht zu schwer beantwortbare Fragen auswählen. Das Quiz soll zur Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel motivieren, nicht abschrecken.</p> <p>Für Prognosen zur kommunalen Bevölkerungsentwicklung in Kommunen ab 5 000 Einwohnern: www.wegweiser-kommune.de</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Fragen formulieren • »Umfragende« benennen • Ort und Zeit der Umfrage bestimmen • Umfrage durchführen • Umfrage auswerten • Ergebnisse veröffentlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Fragebögen • Klemmbretter • Stifte • PC mit Excel-Programm zur Auswertung 	<p>Um das Interesse der Passanten zu steigern, kann man die Teilnahme an der Umfrage auch mit einem Preisausschreiben verbinden.</p> <p><i>Fragen nach Schulabschluss und Einkommen sind bei Straßenbefragungen problematisch und sollten unterlassen werden.</i></p>

Methode	Kurzbeschreibung	Ziele
4. Fish Bowl	<p>Bei dieser Methode sitzen ca. fünf Diskutanten (Politiker, Experten, Interessensvertreter) in einem offenen Kreis und diskutieren (gegebenfalls mit Mikrofon) an einem öffentlichen Ort z. B. über »Musterstadt im Jahr 2020 – den demografischen Wandel gestalten«. Einer oder zwei Stühle auf diesem offenen Podium sind leer. Hier können umstehende Zuhörerinnen und Zuhörer selbst das Wort ergreifen und sich mit Fragen oder eigenen Beiträgen mitdiskutieren. Für diese Personen sind die leeren Stühle vorgesehen. Wer in die Runde kommt, erhält sofort das Wort. Wer sich nicht mehr beteiligen möchte, gibt seinen Stuhl wieder frei.</p> <p>Hinter dem Stuhlkreis stehen Stellwände mit Informationen zum Thema, zum Beispiel Ergebnissen aus einer Umfrage. Die Diskussionsbeiträge werden auf einer Stellwand in einem Simultanprotokoll festgehalten, um den Diskussionsverlauf wieder zu geben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • sensibilisieren für die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels • erstes Meinungsbild einholen • zur Auseinandersetzung anregen • Ideen für gemeinsame Gestaltungsansätze entwickeln

Vorbereitung	Material	Tipps und weitere Infos
<ul style="list-style-type: none"> • Zeit und Ort der Veranstaltung bestimmen • Auswahl der Moderators 	<ul style="list-style-type: none"> • ca. 7 Stühle • ca. 5 Stellwände • Mikrofon • Stifte und Flipchart für das Protokoll • evtl. Videokamera 	<p>Gegebenenfalls muss die Moderation zu Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum ermuntern.</p> <p>Zudem sollte der Ort der Fish-Bowl-Diskussion so gewählt sein, dass möglichst viele die Diskussion mitverfolgen können, z. B. an einem Samstagvormittag an einem belebten Ort in der Fußgängerzone. Diese Methode eignet sich aber auch für mehr Beteiligung bei einer konventionellen Podiumsdiskussion oder Expertenanhörung zum demografischen Wandel.</p> <p>Man kann diese Aktion auch auf Video aufnehmen und über die eigene Homepage veröffentlichen.</p>

3.2 Betroffene und Akteure ins Gespräch bringen:

Kurzbeschreibung	<p>Dieses Format ist eine einfache und zugleich wirkungsvolle Methode, um eine mittlere oder große Gruppe von Menschen, die jeweils einen eigenen Bezug zu der Fragestellung der Veranstaltung haben, in intensive Gespräche miteinander zu bringen. Vor allem der Austausch über Standpunkte, Sichtweisen und das Verbinden verschiedener Perspektiven zu neuen Ideen ist mit dieser Methode gut möglich. Oft findet sich Gemeinsames, aus dem im weiteren Verlauf Handlungsansätze entstehen können.</p> <p>Die Veranstaltung richtet sich gezielt an einem gemeinsamen Thema interessierte Bürgerinnen und Bürger, Interessensgruppen oder Vereine, die im Café Communale in jeweils neu gemischten Runden ins Gespräch kommen.</p>
Dauer	<ul style="list-style-type: none"> • ca. 2 bis 3 Stunden (ein Abend, ein Nachmittag, o. ä.)
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • sensibilisieren für die lokalen Auswirkungen des demografischen Wandels • kooperativer Dialog über Interessen, Gestaltungsoptionen und -potenziale • erster Beitrag zur Vernetzung jeweils wichtiger Akteure
Ablauf	<p>Nach einer Eröffnung, die den Sinn und Zweck des Austauschs darstellt, werden jeweils vier bis fünf Personen bunt gemischt eingeladen, an einem der Café-Tische Platz zu nehmen. Nun beginnt an den Tischen der Austausch zu einer für alle gemeinsamen Fragestellung. Die wichtigsten Ideen werden auf den Papiertischdecken der Café-Tische notiert.</p> <p>Nach 20 bis 30 Minuten wechseln alle bis auf eine Person die Tische und finden sich für die zweite, weiterführende Fragestellung zu neuen Gesprächsrunden zusammen. Die Person, die geblieben ist, stellt kurz die Schlüsselerkenntnisse aus der ersten Runde vor, bevor der Austausch zu der zweiten Fragestellung beginnt. Danach werden wieder die Tische gewechselt und der Austausch zu einer nächsten Frage startet in neuen Runden usw.</p> <p>Nach drei bis vier Gesprächsrunden werden die Entdeckungen und Erkenntnisse im gesamten Plenum mithilfe der Notizen auf den Tischdecken präsentiert. In diesem Austausch im Plenum können Möglichkeiten zum Handeln erkannt werden.</p>
Vorbereitung	<ol style="list-style-type: none"> 1. inhaltliche Vorbereitung: Zu welchem Thema wollen wir welche Zielgruppen zu welchem Zweck zusammen bringen? 2. Fragen überlegen, die relevant und weiterführend sind 3. klären, was mit den Ergebnisse geschehen soll 4. gezielte Einladung 5. Begrüßung und Eröffnung des Cafés vorbereiten 6. einen geeigneten Raum finden, in dem sich eine anregende, kommunikative Café-Atmosphäre herstellen lässt 7. den Café-Raum einladend einrichten (Tische, Stühle für alle Teilnehmer, Gebäck und Getränke, Stifte bereitstellen) 8. Präsentationsfläche für die Ergebnisse einplanen 9. die Teilnehmer/Innen zu Beiträgen ermutigen
Material	<ul style="list-style-type: none"> • pro Tisch eine große, einfarbige Papiertischdecke zum Beschriften • ausreichend Flipchartmarker an den Tischen, Caféhausdekoration (Gefühl des Willkommenseins, Gesprächsatmosphäre) mit z. B. Getränken, Gebäck am Tisch • Moderationstafeln zur anschließenden Präsentation
Tipp	<p>Finden sich keine Talente in den eigenen Reihen, eine/n gute/n professionelle/n Moderator/in hinzuholen</p>
Quelle, weitere Informationen	<p>www.all-in-one-spirit.de</p>

Café Communale (World Café)

Gute Erfahrungen mit Café-Gesprächen zu kommunalpolitischen Themen wurden z. B. im Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg gemacht:



Foto: Blick ins StadtCafé Hamburg

Das StadtCafé Hamburg der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde im Herbst des Jahres 2007 neu ins Programm aufgenommen. Es lädt ein, Anregungen und Erfahrungen zu stadtentwicklungspolitischen Fragen auszutauschen. Experten und Akteure der Hamburger Stadtentwicklung diskutieren mit Hamburger Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wird an die Caféhaus-Kultur angeknüpft: Bei einer Tasse Kaffee oder Tee wird gesprochen, abgewogen, hinterfragt, zugehört und argumentiert. Die aktive Beteiligung der Gäste ist ausdrücklich erwünscht. Die Eröffnungsveranstaltung mit Dr. Michael Naumann befasste sich mit dem Zusammenwachsen der Stadtteile. Im zweiten StadtCafé Hamburg wurde lebhaft über die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Stadtteilbeiräten und Stadtteilkonferenzen diskutiert.

3.3 Gemeinsam Lösungen entwickeln:

Kurzbeschreibung	<p>Eine Zukunftswerkstatt ist ein dreistufiges, ergebnisoffenes und teilnehmerzentriertes Verfahren zur Entwicklung gemeinsamer Ideen, Perspektiven und Projekte zur Zukunftsgestaltung in Gruppen ab fünf bis hundert Personen. Nach einer kritischen Bestandsaufnahme (Kritikphase) werden in einem zweiten kreativen Schritt Ideen und Verbesserungsprojekte gesammelt (Visionsphase), um abschließend konkrete Umsetzungsstrategien zu erarbeiten (Realisierungsphase).</p> <p>Wichtig für ein Gelingen von Zukunftswerkstätten ist</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Moderation, die die Entwicklung von Lösungsstrategien unterstützt und Mitwirkungsbereitschaft fördert • dass alle wichtigen Akteure (mit jeweiligen Entscheidungskompetenzen) vertreten sind • eine realistische Umsetzungsperspektive (z. B. ein Zukunftsvertrag mit Verantwortlichen, Follow-Up-Instrumente oder eine Einbettung der Ergebnisse in den weiteren Gestaltungsprozess)
Dauer	<ul style="list-style-type: none"> • 1 bis 3 Tage
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Ideenfindung zur Lösung gemeinsamer Probleme • Entwicklung gemeinsamer Handlungsansätze, die von allen mitgetragen werden • Bildung von motivierten Veränderungsteams
Ablauf	<ol style="list-style-type: none"> 1. In der Kritikphase wird das Thema unter dem Aspekt betrachtet: »Was muss sich in unserer Kommune angesichts des demografischen Wandels ändern?« 2. In der Visionsphase werden zunächst die Kritikpunkte an der aktuellen Situation positiv umformuliert, um sich anschließend auf eine Zeitreise in die Zukunft zu begeben, in der die Erfüllung der Vorstellungen und Wünsche möglich ist. Die so entstehenden Zukunftsvorstellungen können z. B. in Gruppen ausgearbeitet werden und dann im Plenum präsentiert werden. Anschließend gilt es einen Konsens herzustellen, welcher Ziele man sich gemeinsam annehmen will. 3. In einem dritten Arbeitsschritt (der Umsetzungsphase) geht es um die Fragestellung: »Was müsste bis z. B. 2009, bis 2010 bis 2015 geschehen, damit die Zukunftsvision 2020 Wirklichkeit wird? Und welchen konkreten Schritt wird wer mit wem mit welchem Teilziel am nächsten Montag dafür unternehmen?« 4. Bevor in der Phase 1 die Sammlung von Veränderungswünschen beginnt, können in einem Blick nach außen die Rahmenbedingungen und Trends erfasst werden, die die Entwicklung der Stadt oder Gemeinde mitbestimmen. In einem Blick nach innen können im Anschluss die besonderen Stärken und Chancen der Gemeinde sowie Schwächen und Hindernisse für eine zukunftsweisende Entwicklung zusammengetragen werden. Sich der Rahmenbedingungen zu vergewissern hilft bei der Entwicklung realistischer Handlungsprogramme in der Umsetzungsphase. 5. Nach den intensiven Arbeitsphasen kann das erarbeitete Zukunftsprogramm gefeiert und gegebenenfalls an weitere Verantwortliche übergeben werden.
Vorbereitung / Nachbereitung	<ul style="list-style-type: none"> • Thema und Sinn der Zukunftswerkstatt klären (was soll mit den Ergebnissen im Anschluss an die Veranstaltung geschehen?) • möglichst alle wichtigen Interessensgruppen/Akteure als Teilnehmer gewinnen und ggfs. bereits in einer Steuerungsgruppe einbeziehen • geeignete Moderation gewinnen • anregenden Veranstaltungsort finden • Zukunftswerkstatt öffentlich ankündigen

a) Zukunftswerkstatt

- Eckdaten der demografischen Entwicklung für die Gemeinde allen Teilnehmenden bekannt machen
- Presse (zur Abschlussphase) einladen
- Ergebnisse der Zukunftswerkstatt bekannt machen
- Verantwortlichkeiten für Umsetzung klären
- Unterstützer für die Umsetzung gewinnen
- Umsetzung überprüfen und gegebenenfalls anpassen

Tipp

Insbesondere während der Kritik- und Visionsphase geht es um eine möglichst breite Sammlung von Kritikpunkten bzw. Veränderungsideen, die gelingt, wenn einige Regeln beachtet werden.

In der Kritikphase:

- keine Diskussion oder Bewertung der Beiträge
- Sammlung in Stichworten (überschaubarer)
- Visualisierung der Kritikpunkte
- Bezug zum Thema wahren, keine Generalkritik

In der Visionsphase:

- Kritik / Umsetzbarkeit wird erst später abgefragt
- Keine Killerphrasen (z. B. »Das klappt ja nie!«)
- Nicht kleckern, klotzen
- Die Masse an Ideen macht's
- Ideen weiterspinnen und kombinieren

Quelle, weitere Informationen

Die Arbeitsform »Zukunftswerkstatt« geht ursprünglich auf Robert Jungk zurück (z. B. Jungk, Robert; Müller, Norbert: Zukunftswerkstätten, München 1989 (überarb. Auflage).

Kuhnt, B.; Müller, N.: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten, Münster 1996.

www.uni-kassel.de/fb1/burow

Als »Zukunftskonferenz« wurde diese Arbeitsform weiterentwickelt als nichtöffentliche Veranstaltung mit in der Regel 64 Teilnehmenden, die nach dem Prinzip größtmöglicher Repräsentativität für die Interessenslage zum Thema ausgewählt werden (nach dem Prinzip »Das ganze System in einem Raum«). Auch bei einer Zukunftskonferenz werden Handlungsprogramme in den drei Schritten Kritik, Vision, Umsetzung entwickelt, jedoch ist der Ablauf methodisch ausgefeilter und auf zwei bis drei Tage angelegt.

www.zukunftskonferenz.de

www.uni-kassel.de/fb1/burow

www.zukunftskonferenz-online.de

b) Bürgergutachten / Bürgerkonferenz

Kurzbeschreibung	<p>Bei einem Bürgergutachten bzw. einer Bürgerkonferenz handelt es sich um eine Stellungnahme, die von fünfzehn bis zwanzig zufällig und repräsentativ ausgewählten Laien nach Anhörung von Fachleuten und ausführlicher Beratung erarbeitet wird. Dieses Verfahren eignet sich für komplexe Themen wie der Gestaltung des demografischen Wandels in Kommunen, zu denen es keine einheitliche Expertenmeinung gibt, die aber auf breites Interesse stoßen.</p> <p>Die Erarbeitung einer Handlungsempfehlung an die Politik dient nicht nur der Bürgerbeteiligung am politischen Gestaltungsprozess, sondern auch der Politikberatung nicht durch Experten, sondern durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Gerade beim demografischen Wandel kommt es darauf an, Verständnis für Veränderungen zu schaffen und zum Engagement zu motivieren und nicht in einem spezialisierten Expertenzirkel Lösungen zu erarbeiten, die anschließend auf Unverständnis in der Bevölkerung stoßen.</p> <p>Die Erarbeitung eines Bürgervotums in einer heterogenen Gruppe fördert letztlich auch ein Verständnis für die Handlungsmöglichkeiten der Politiker/Innen und für demokratische Entscheidungsfindung.</p>
Dauer	<ul style="list-style-type: none"> • 3 Wochenenden (über einen Zeitraum von drei Monaten verteilt)
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Politikberatung durch die Bürgerinnen und Bürger • Verständnis für politische Gestaltungsmöglichkeiten • Erarbeitung von Handlungsansätzen mit breiter Akzeptanz
Ablauf	<p>Die Teilnehmenden kommen zunächst an zwei Wochenenden zusammen, um sich mit dem Beratungsgegenstand (Gestaltung des demografischen Wandels) vertraut zu machen, Expertinnen und Experten als Sachverständige auszuwählen und Fragen an sie zu formulieren.</p> <p>Am zweiten Wochenende findet die Anhörung der Sachverständigen statt (Kernstück der Bürgerkonferenz). Dieser Teil ist öffentlich und wird nach Möglichkeit in Radio und Fernsehen übertragen bzw. in Zeitungen dokumentiert.</p> <p>Erst danach zieht sich das Bürgergremium zurück, um sich auf gemeinsame Empfehlungen zu einigen und das Bürgergutachten als Schlussdokument zu formulieren. Die öffentliche Übergabe des Bürgergutachtens an die Politik und die Veröffentlichung der Empfehlungen über die Presse bilden den Abschluss des Beratungsprozesses.</p>
Vorbereitung / Nachbereitung	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Vorbereitung ist mindestens ein eintägiges Treffen der Steuerungsgruppe erforderlich. • Zufällige Auswahl der Teilnehmenden: Die Teilnehmenden werden im Idealfall aus einem Kreis von Interessierten ausgelost, die sich zuvor auf ein persönliches Anschreiben oder einen Aufruf in der Zeitung hin gemeldet haben. <p>Adressen sind auf Anfrage über die entsprechenden Meldebehörde zu bekommen, die bei der Adressauswahl die Vorgabe hat, auf eine gleichmäßige Berücksichtigung der Geschlechter, gleichmäßige Verteilung auf die Meldebezirke und auf eine Altersbegrenzung zwischen 16 und 70 zu achten.</p> <p>Durch verschiedene Lostöpfe (Meldebezirk, Geschlecht, Altersgruppen) wird bei der Auswahl der Teilnehmer noch einmal auf einen Querschnitt der Bevölkerung geachtet. Der Veranstalter entgeht damit dem Verdacht der Einflussnahme. In der Regel kann man mit einem Rücklauf von ein bis zwei Prozent rechnen, so dass für eine Gruppe von 20 Teilnehmern ca. 2 000 Einladungen versandt werden sollten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stehen die Teilnehmer fest, erhalten sie schon im Vorfeld der Veranstaltung möglichst vielfältiges Informationsmaterial, um sich in das Thema einzuarbeiten. • Die Auswahl des Moderationsteams (2 Personen) ist zentral für das Gelingen einer Bürgerkonferenz. Im Idealfall haben zwei Moderatoren bereits Erfahrung mit der Arbeitsform. • Begleitende Öffentlichkeits- und Medienarbeit gelingt, wenn das Thema von breitem öffentlichen Interesse ist, was beim demografischen Wandel der Fall ist.

- **Nachbereitung:** wichtig ist, schon im Vorfeld zu klären, wie mit den Ergebnissen des Bürgergutachtens umgegangen werden soll, z. B. dass eine öffentliche Übergabe an den Bürgermeister, eine Vorstellung im Rat o. ä. stattfindet und darüber öffentlich berichtet wird. Wichtig ist auch zu kommunizieren, dass die Entscheidungsmacht bei den gewählten Volksvertreter/Innen verbleibt und ein Bürgergutachten lediglich beraten und die Stimme der Bürgerinnen und Bürger zu einem Anliegen hörbar machen will.
- Je nach dem, wie die Verantwortlichen mit dem Bürgergutachten umgehen, kann jedoch z. B. nach einem Jahr öffentlich Bilanz gezogen werden, was die Handlungsempfehlungen bewirken konnten (oder welche Versprechen warum nicht eingehalten wurden).

Tipp

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat von März bis Mai 2006 eine Bürgerkonferenz über die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik mit 18 Bürgerinnen und Bürgern aus Berlin und Brandenburg durchgeführt und in einer Publikation sowie mit einem Filmbeitrag auf DVD ausführlich dokumentiert.

Beides ist kostenfrei zu erhalten über:

Quelle, weitere Informationen

www.buergerkonferenz.de
www.uni-kassel.de/fb6/agdialog/werkstatt/methoden/konsensuskonferenz

Sechs Prinzipien zur erfolgreichen Moderation von Bürgerkonferenzen

1. Das Prinzip der Selbstorganisation

Die Moderation macht Vorschläge für den Ablauf und die Arbeitsweise, aber gibt danach nur noch Hilfe zur Selbsthilfe: Die Gruppe selbst soll zum Erfolg kommen.

2. Das Prinzip der Transparenz

Alle Informationen über das Konzept, die Planung, den Verlauf und die Gruppendynamik kontinuierlich an die Gruppe weiterleiten, weil sie die Instanz für Entscheidungen zum weiteren Vorgehen ist.

3. Das Prinzip der inhaltlichen Neutralität

Die Gruppe braucht keinen Führer, sondern soll auch in Krisen im gemeinsamen Prozess wachsen.

4. Dynamische Balance zwischen Ich – Wir – Thema

Verhaltensregeln:

- Sei dein eigener Vorsitzender
- Störungen haben Vorrang

Die Moderation wacht über die Balance im Prozess. Eingreifen nur dann, wenn schwerwiegende Störungen beim Individuum, der Gruppe oder dem Thema wahr-

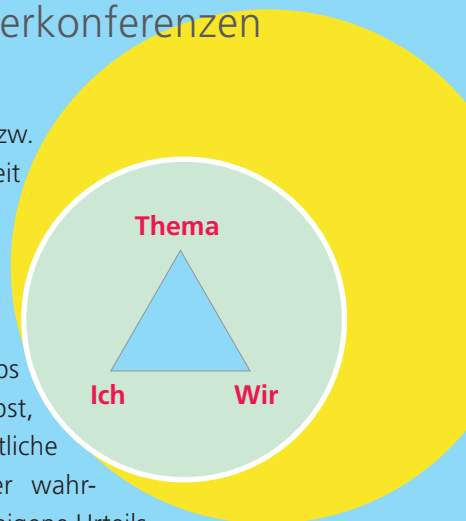
genommen werden, bzw. die zielorientierte Arbeit gefährdeterscheint.

5. Die Bewusstheit fördern

Im Verlauf des Workshops sollen die Bürger sich selbst, die Gruppe und die inhaltliche Arbeit immer bewusster wahrnehmen, und somit ihre eigene Urteilsfähigkeit und Kompetenz zur Selbststeuerung stärken.

6. Prinzip der Synergie

Das Nutzen der unterschiedlichen Denkweise und Herkunft wird als Quelle gegenseitiger Bereicherung und Qualitätssteigerung erfahren. Die Moderation schafft über den Wechsel von Plenums- und Gruppenarbeit sowie durch Kreativitätsverfahren zur Teambildung die emotionalen Voraussetzungen.



Planungshilfe: Checkliste für Veranstaltungen

Inhalt

- An wen richtet sich die Aktion konkret?
- Welchen Charakter hat die Aktion?
(kommunikativ, informativ, anklagend, stigmatisierend, verurteilend)
- Welches ist ihre wesentliche Aussage / Botschaft?

Zielsetzung

- Welche Ziele wollen wir mit der Aktion erreichen?
- Passen Ziele und Aktionsidee / -gestaltung zusammen?

KooperationspartnerInnen

- Mit wem lässt sich die Aktion gemeinsam gestalten?
- Wer sollte in die Aktion einbezogen werden?
- Welche Vor- / Nachteile bringt diese Kooperation?

Zeitplanung

- Zeitplan nicht zu eng fassen.
- Plan visualisieren.
- Jedem Teammitglied mitgeben.

Materialien und Standort

- Welche Materialien benötigen wir für die Aktion?
- Gibt es preiswertere, anschaulichere, leichter zu transportierende und handhabbare, großflächigere Alternativen?
- Sind diese Materialien auch bei ungünstigen Bedingungen einsetzbar?
- Haben wir alle Risiken (z. B. Befestigungsprobleme) bedacht?
- Ist der Ort für uns und Medien (bei kommunikativen Aktionen auch für die Passanten) günstig?
- Ist der Ort mit dem Einsatz der gewährten Materialien vereinbar?
- Ist den Beteiligten der Umgang mit den Materialien vertraut?

Organisation

- Aufgaben und sich ergebenden Personal- sowie Zeitbedarf ermitteln.
- Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion im Team festlegen (möglichst visuell für alle sichtbar, Ersatzpersonen bestimmen).
- Die ganze Aktion aus der Sicht des Veranstalters und aus der Sicht der Passanten und der Medien durchspielen, um Mängel in Aufbau und Ablauf frühzeitig zu erkennen.

Kostenplan

- Welche Finanzmittel werden für die Aktion benötigt?
- Gibt es preiswertere Alternativen?

Öffentlichkeitsarbeit

- Ankündigung der Aktion an alle Medien (Zeitungen, Hörfunk, TV, Agenturen, kleinste Blätter).
- Hinweis auf den Charakter der Aktivität (Fotografierbarkeit, wichtigste Gründe für die Aktion) geben.
- Medienmitteilung vorbereiten und mit Foto (Digitalkamera) sofort nach der Aktion an nicht vertretene Medien weiterleiten.
- Hintergrundpapier für anwesenden Medienvertreter vorbereiten.
- Gegebenenfalls Pressekonferenz oder GesprächspartnerInnen organisieren.
- Darauf achten, dass geeignete Fotomotive zur Verfügung stehen und nicht verdeckt sind (z. B. fotografierbare Aktivität: PassantIn kreuzt gerade eine Aussage auf der Bodenzeitung an).

Personalbetreuung

- Bei allem Zeitdruck darauf achten, dass das Aktionsteam nach Abschluss der Aktion noch kurz zusammensitzen kann (Erfahrungsaustausch, Dampf ablassen, »klönen«), weil das wichtig ist für den Erhalt der Motivation.
- Darauf achten, neue MitarbeiterInnen zunächst durch kleinere Aufgaben einzubeziehen, um sie für ein weiteres Engagement zu gewinnen.
- Braucht das Team noch zusätzliche inhaltliche Informationen?

Verknüpfung mit anderen Maßnahmen

- Haben wir die Aktion in bisherige und weitere Aktivitäten ausreichend eingebunden?
- Ist abgesichert, dass die Aktion in unseren Gremien wahrgenommen wird?

Auswertung

- Abschließende kritische Bewertung der Aktion.

Wichtig!

Oft decken sich die schönsten kreativen Ideen nicht mit dem Aktionsort. Deshalb sind Ortsbesichtigungen unbedingt notwendig, um sicherzustellen, dass die Ideen auch »funktionieren«. Doch auch wenn der Ort »stimmt«, werden oft beim Aufbau Fehler gemacht. Am Aktionstag ist darauf zu achten, wie viele Menschen sich am Ort befinden, ob der Passantenstrom die Aktion überhaupt wahrnehmen kann und was eventuell kurzfristig improvisiert bzw. umdisponiert werden muss, damit die Aktion ein Erfolg wird.

Planungshilfe Demografie-Quiz: Zahlen, die sprechen

<p>1. Wie viel Prozent der Menschen in _____ * sind über 60 Jahre alt?</p> <p>a) b) c)</p>	<p>2. Wie viel Prozent der Menschen in _____ sind zwischen 20 und 59 Jahre alt?</p> <p>a) b) c)</p>
<p>3. Wie viel Prozent der Menschen in _____ sind unter 20 Jahre alt?</p> <p>a) b) c)</p>	<p>4. Wie hoch ist die Altersrente von ArbeitnehmerInnen im Durchschnitt?</p> <p>a) 447 Euro b) 747 Euro c) 1047 Euro</p>
<p>5. Wann hat man in Deutschland das Rentenalter erreicht?</p> <p>a) 57 b) 67 c) 77</p>	<p>6. Deutschland hat etwa 82.000 EinwohnerInnen, wie viele Menschen sind davon schätzungsweise pflegebedürftig?</p> <p>a) rund 2 Millionen b) knapp 4 Millionen c) mehr als 5 Millionen</p>
<p>7. Wie viele Pflegedienste gibt es schätzungsweise in Deutschland?</p> <p>a) 11000 b) 6000 c) 2000</p>	<p>8. Was schätzen Sie, wie viele Menschen verbringen ihren Lebensabend in einem Altenheim?</p> <p>a) 61 % b) 41 % c) 31 %</p>
<p>9. Wer wird im Alter eher pflegebedürftig?</p> <p>a) Frauen b) Männer</p>	<p>10. Wie hoch ist die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen derzeit?</p> <p>a) 62,1 b) 82,1 c) 102,1</p>
<p>11. Wie hoch ist die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern derzeit?</p> <p>a) 56,7 b) 76,7 c) 96,7</p>	<p>12. Um wie viel Prozent wird sich die Bevölkerung in _____ bis 2030 zahlenmäßig verändern?</p> <p>a) b) c)</p>

(* Hier jeweils die eigene Stadt oder Gemeinde einfügen, Zahlen recherchierbar auf www.wegweiser-kommune.de)
Datenquellen: www.destatis.de, www.sozialpolitik-aktuell.de, www.deutsche-rentenversicherung.de

LÖSUNGEN: 4b, 5b, 6a, 7a, 8c, 9a, 10b, 11b

Planungshilfe: Bodenzeitung als Stimmungsbild

Viel zu tun ?!			
Der demografische Wandel betrifft auch _____ (Namen Ihrer Kommune einfügen).			
Wo sehen Sie den wichtigsten Handlungsbedarf?	sehr wichtig	keine Meinung	weniger wichtig
Kinder sind willkommen – mehr tun für Familien			
Wir bauen an der Zukunft – intelligente Stadtumbauprogramme entwickeln			
Alt und Jung gemeinsam – neue soziale Netze fördern			
Daseinsvorsorge sichern – Infrastruktur anpassen			
Alle sind gefragt – neue Nachbarn integrieren			

(ein Vorschlag, den Sie mit Ihren Handlungsfeldern ausgestalten können)

Planungshilfe Demografie-Memory:

<p>Seniorinnen und Senioren, die ihre Zeit ehrenamtlich für Kinderbetreuung und die Unterstützung von Familien einbringen</p>	<p>Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und Abschätzung des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs</p>	<p>Generationsübergreifendes Wohn- und Begegnungsprojekt zur Förderung von Kontakt und Nachbarschaftshilfe im Alltag</p>
<p>Leihgroßeltern</p>	<p>Demografiebericht</p>	<p>Mehrgenerationenhaus</p>
<p>Einrichtungen und kommunale Infrastruktur sind so gestaltet, dass sie unabhängig von körperlichen Voraussetzungen von allen genutzt werden können</p>	<p>Ehrenamtliche Begleitung junger Menschen für einen erfolgreichen Start ins Arbeitsleben durch die Weitergabe eigener Berufserfahrung</p>	<p>Ersatz für ÖPNV-Linien bei zu geringem Fahrgastaufkommen: Zu vorgegebenen Zeiten kann für festgelegte Haltestellen zu einem dem ÖPNV vergleichbaren Beförderungsentgelt ein Taxi bestellt werden</p>
<p>Barrierefrei</p>	<p>Ausbildungspaten</p>	<p>Anrufsammeltaxi</p>

Bodenzeitung als Spielbrett

Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung	Den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden ohne die Chancen künftiger Generationen zu beeinträchtigen	Ausgleich zwischen den Generationen
Demografischer Wandel	Nachhaltigkeit	Generationengerechtigkeit
Fördert das soziale Miteinander in der Gemeinde, in dem es diejenigen berät und unterstützt, die sich mit ihrer Zeit und ihrer Erfahrung für andere engagieren möchten	Zukunftsfaktor für Kommunen: erreicht, wenn es gute Bildungs-, Betreuungs-, Wohn- und Freizeitangebote für Familien gibt, die Eltern eine berufliche Perspektive finden und sich willkommen in der Stadt fühlen	Gemeinnütziges Projekt zur Erhaltung der Nahversorgung mit Produkten für den täglichen Bedarf
Ehrenamtsbüro	Familienfreundlichkeit	Nachbarschaftsladen



4

Weitere Informationsquellen

4. Weitere Informationsquellen

1. Der demografische Wandel und seine Folgen für Städte und Gemeinden – Überblicksdarstellungen

Abschlussbericht der Enquête Kommission »Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik« (Drucksache 14/8800), Berlin 2002. <http://dip.bundestag.de/btd/14/088/1408800.pdf>

Die Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Online abrufbar über www.destatis.de

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): **Bevölkerungsentwicklung. Informationen zur politischen Bildung** Nr. 282/2004. München, 2004. ISSN 0046-9408

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): **Online-Dossier demografischer Wandel in Deutschland.** www.bpb.de/themen/OTVK4U,0,Demografischer_Wandel_in_Deutschland.html

Im **Themenmodul »Generationengerechtigkeit« der Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung** finden Sie unter www.fes-online-akademie.de online weitere Informationsmaterialien zu den Auswirkungen und zu der Frage, wie Alt und Jung zusammenleben werden, wenn Deutschland in die Jahre kommt.

2. Kommunen im demografischen Wandel – Problem-analysen, Handlungsempfehlungen und Projektbeispiele

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): **Wegweiser demographischer Wandel: Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden.** Gütersloh, 2006. Lizenzausgabe über die Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehen. ISBN 3-89331-754-6

Informationen und interaktive Kartenmodule zur Bevölkerungsentwicklung in Städten und Gemeinden stehen auch auf der freizugänglichen Internetplattform www.wegweiser-kommune.de zur Verfügung.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): **Kommunen im Wandel.** (Aus Politik und Zeitgeschichte 5/2006). www.bpb.de/files/TRVSFZ.pdf

Stirbt der Osten aus? Folgen und Abwanderung und mögliche Gegenstrategien (Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung, 202).

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erurft/01626.pdf>

Michael Erdinger, Andreas Hallermann: **Altersstudie Thüringen: Einstellungen und Erwartungen älterer Menschen.** Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Erfurt; Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007. Online abrufbar in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de>

Bundes-SGK: Diskussionspapier **»Demografischer Wandel in Kommunen – Strategische Handlungsansätze«.** Beschluss des Vorstands der Bundes-SGK vom 02. Dezember 2005.

www.bundes-sgk.de/servlet/PB/show/1661238/051202_Diskussionspapier_Demografischer_Wandel.pdf

Zukunftsradar 2030 – Rheinland-Pfalz – Demografiechecks und Handlungsansätze für Kommunen www.zukunftsradar2030.de/downloads/download.htm

Mit guten Beispielen voran! »Demographischer Wandel als Herausforderung für unsere Gesellschaft. Handlungsoptionen für Kommunen und den Bund.« Broschüre zur Veranstaltung am 21. Mai 2007 in Berlin. PDF-Dokument zum Download:

www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,8319,00.pdf

Bertelsmannstiftung (Hrsg.):

<http://demographiekonkret.aktion2050.de/>

Auf Augenhöhe: Integration zum kommunalen Thema machen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Texte der KommunalAkademie¹. Homaira Mansury. ISBN 3-89892-543-9. PDF-Dokument zum Download:
<http://library.fes.de/pdf-files/kommunalpolitik/04440.pdf>

Hans-Jörg Frick und Michael Hockeler
Interkommunale Zusammenarbeit: Handreichung für die Kommunalpolitik. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Texte der KommunalAkademie Band 4.

3. Den demografischen Wandel im Bürgerdialog gestalten – Methodisches Vorgehen

Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen: erstellt für den Arbeitskreis **»Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat«** der Friedrich-Ebert-Stiftung / Helmut Klages. – Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007. ISBN 978-3-89892-775-8

Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hrsg.): **Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch.** Stiftung Mitarbeit Arbeitshilfen Nr. 30. Bonn, 2003. ISBN 3-928053-84-1

www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/veranstaltungsplanung/kleines-abc-fuer-lebendige-veranstaltungen/104330/

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Großgruppenveranstaltungen in der politischen Bildung: **Konzepte und Methodenüberblick, Gestaltung und Moderation in der Praxis.** Bonn, 2006. ISBN 3-89331-605-1

Bürgerkommune konkret: vom Leitbild zur Umsetzung. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis erarbeitet für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung / von Jörg Bogumil; Lars Holtkamp. – Bonn, 2002. ISBN 3-89892-115-8

Über **<http://library.fes.de>** gelangen Sie zu Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung: Hier können gedruckte FES-Titel online recherchiert und bestellt werden. In der Digitalen Bibliothek stehen Bücher, Broschüren oder Aufsätze als elektronische Dokumente online abrufbar zur Verfügung.

Auf **www.fes.de** finden Sie auch den Veranstaltungskalender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Weitere Unterstützung für Ihr kommunalpolitisches Engagement bieten auch die Seiten der KommunalAkademie **www.fes-kommunalakademie.de** und das E-Learning Modul »Kommunalpolitik« der Online-Akademie **www.fes-kommcheckers.de**, beides Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zukunft gewinnen – Bürgerinnen und Bürger beteiligen

Nur der gewinnt in der Politik, der neben der Bearbeitung der richtigen und wichtigen Themen auch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger erhält. Natürlich soll die Letztentscheidung beim Rat verbleiben, doch viel zu selten werden Bürger in den Dialog über das zukünftige Zusammenleben in der Kommune einbezogen und zur Mitgestaltung aufgerufen.

Mit dieser Arbeitshilfe wollen wir zum aktiven Zusammenleben in der Kommune beitragen, aber auch einer Politikverdrossenheit entgegenwirken. Denn wer viele Bürger einbezieht, der fördert nicht allein das Verständnis von kommunalen Zusammenhängen, sondern erleichtert die Umsetzung der Ratsentscheidungen und belebt praktisches Engagement vor Ort. Damit kommt zusammen, was für lokale Zukunftspolitik mehr denn je gefragt ist.